Dolf Sternberger-Preis 2002

Reden bei der Überreichung des Preises
an Helmut Schmidt
am 15. März 2003 in Berlin

Dolf Sternberger-Preis 2002

Reden bei der Überreichung des Preises
an Helmut Schmidt
am 15. März 2003 in Berlin

Herausgegeben von der
Dolf Sternberger-Gesellschaft e.V.
Albert-Ueberle-Straße 9, 69120 Heidelberg

Mit freundlicher Unterstützung:

Technische Universität
Kaiserslautern

Gesamtherstellung Foto-Repro-Druck der
Technischen Universität Kaiserslautern

Veranstaltungs-Fotos Peter Himsel, Berlin

Das Erscheinen dieser Broschüre ermöglichte die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH,
Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main

Dolf Sternberger (1907-1989): Politologe, Publizist und Gelehrter

Eröffnung und Begrüßung
Klaus Landfried

Laudatio
Kurt Biedenkopf

Preisübergabe
Bernhard Vogel

Urkunde

Dankansprache
Helmut Schmidt

Autoren

Eröffnung und Begrüßung durch Professor Dr. Klaus Landfried

Verleihung des Dolf-Sternberger-Preises für öffentliche Rede an

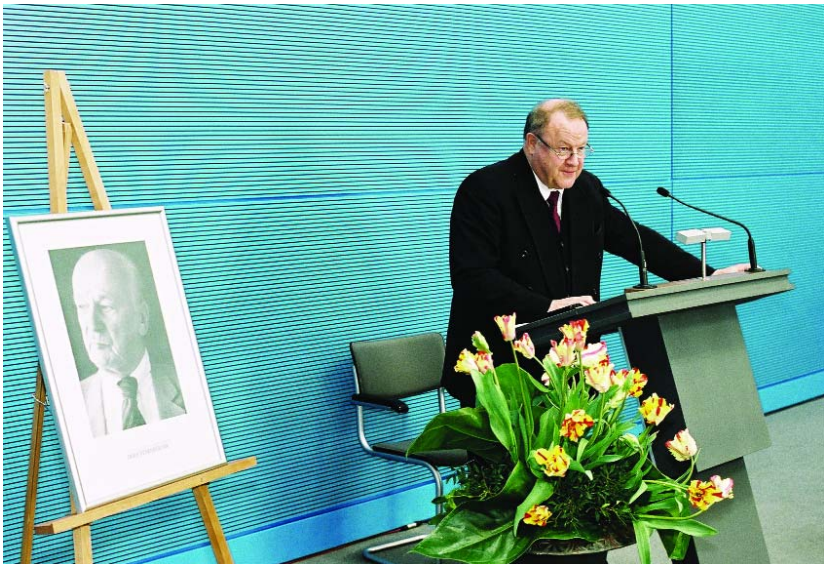
Herrn Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt am 15.03.2003 im Berliner Reichstag

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler Schmidt, sehr verehrter Ministerpräsident Herr Dr. Vogel, sehr verehrter Herr Kollege Biedenkopf, sehr verehrter Herr Müntefering, meine Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, verehrte Festgäste,

Dolf Sternberger hat das erste Wort:

„Für uns, die wir es so nötig haben, ist die Anstandslehre, die Lehre und Übung des Betragens von Mensch zu Mensch der Anfangsgrund der Politik."

Vor inzwischen 57 Jahren hat Dolf Sternberger diese Worte in seinem Vortrag „Herrschaft der Freiheit" formuliert. Blicken wir heute zurück auf Leben und Werk dieses bedeutenden Publizisten und Wissenschaftlers des vergangenen Jahrhunderts, so dürfen wir die Freundschaft im Sinne des Aristoteles, die uneigennützige Freundschaft zu den Menschen und zum Staat, jener Anstandslehre hinzurechnen. Für Sternberger, der den Begriff des „Verfassungspatriotismus" geprägt hat, war die Verfassung, die „Lebende" zumal, als Bedingung der Freiheit,



wichtiger noch als die staatliche Einheit der Nation, obschon er zu Lebzeiten auch seiner Trauer über die frühere gewaltsame Teilung „Des Deutschen Vaterland“ Ausdruck verliehen hatte - so der Titel eines seiner Kommentare aus den frühen Jahren – der Teilung, deren Überwindung 1990 er nicht mehr miterleben durfte.

Unseres heutigen Preisträgers Taten und Reden sind von ähnlichen Überzeugungen geprägt. Darüber zu reden, ist heute nicht meine Aufgabe, aber dass Dolf Sternberger die folgenden Worte Helmut Schmidts als seiner inneren Überzeugung gemäß betrachtet hätte, steht für mich außer Zweifel. In seiner großen Rede im Deutschen Bundestag am 10. September 1986 erklärten Sie, verehrter Herr Schmidt gegenüber dem Deutschen Bundestag, ich zitiere, „dem Parlament als dem Ausdruck er-

kämpfter Freiheitsrechte“ Ihren Respekt. Das ist sozusagen Sternberger aus dem Herzen gesprochen.

Über das Verhältnis von „Sprache und Politik“ hat Sternberger Zeit seines Lebens nachgedacht, geschrieben und gesprochen. Der vorletzte Band seiner Schriften trägt diesen Titel. In seiner Laudatio auf unseren ersten Preisträger, Willy Brandt, hat Joachim Fest daran erinnert, dass auch „Reden Taten sind“, und auch dies ein Titel eines Essays von Sternberger.

Diesem Geiste verpflichtet haben Schüler und Freunde Dolf Sternbergers nach seinem Tode eine Gesellschaft gegründet, um sein geistiges Erbe lebendig zu halten. Und diesem „Lebendigen Geist“ verpflichtet – so lautet ja der einst von Friedrich Gundolf, den Sternbergers Frau Ilse so sehr gemocht hat, formulierte Wahlspruch über dem Kollegiengebäude der Heidelberger Universität – in diesem Geiste also wurde der Preis gestiftet, der heute Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler Schmidt, überreicht wird. Namens der Dolf Sternberger Gesellschaft begrüße ich und danke ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Herrn Franz Müntefering dafür, dass wir heute im Vorstandssaal seiner Fraktion hier im Reichstag zu Gast sein dürfen. Und ich danke auch der Bundestagsverwaltung, dass sie diese Veranstaltung organisatorisch ermöglicht hat.

Ich begrüße und danke zugleich Herrn Ministerpräsidenten a. D. Professor Dr. Kurt Hans Biedenkopf, der freundlicherweise die Aufgabe des Laudators übernommen hat. Ich danke der Jury, bestehend aus Herrn Dr. Vogel als dem Vorsitzenden, Herrn Professor Joachim Fest, Herrn Professor Hans Martin Gauger,

Frau Dr. Hanna Renate Laurin und Herrn Professor Arnd Morkel für ihre Arbeit bei der Auswahl des Preisträgers und freue mich, wenigstens drei Jurymitglieder heute hier begrüßen zu können. Ich danke den ideellen und den materiellen Förderern und den Mitgliedern der Dolf-Sternberger-Gesellschaft für ihre Unterstützung und ihr Kommen. Etwa um 15 Uhr werden wir nicht weit von hier in einem Restaurant unsere Mitgliederversammlung abhalten.

Gerne begrüße ich Herrn Dr. Gauck, unseren letzten Preisträger und Herrn Staatsminister a. D. Professor Meyer, seinen Laudator. Herr Bundeskanzler Schröder hat schriftlich seine Glückwünsche und seine Grüße übermittelt. Ebenso unser Preisträger von 1997, Herr Dr. Schäuble. Leider sind beide am Kommen gehindert. Ausdrücklich möchte ich Ihnen, sehr verehrter Herr Schmidt, die Grüße und Glückwünsche der Dichterin Hilde Domin ausrichten, die mich vor einigen Tagen angerufen hat und mir sagte, wir hätten gerade in dieser schwierigen Zeit den richtigen Preisträger ausgewählt, einen, der den Mut hätte, zu sagen was ist und einer, der immer bereit gewesen sei, dafür auch die Verantwortung zu tragen. Leider könne sie, die 1909 geborene, die anstrengende Reise nach Berlin nicht auf sich nehmen. Schön ist es, dass wieder manche Freunde, Schülerinnen und Schüler Dolf Sternbergers den Weg nach Berlin gefunden haben, Menschen, die in Wissenschaft, Journalismus, Politik und Wirtschaft tätig sind und die immer noch an Sternberger denken.

Ich danke auch – und begrüße Sie zugleich – den Vertretern der Medien, die heute Gott sei Dank zahlreich vertreten sind, um das Ereignis zu begleiten. Denen aus der schreibenden Zunft

wäre ich für Belegexemplare, die wir in unserer Dokumentation verwenden wollen, ebenso dankbar wie denen aus der filmenden Zunft für eine Kassette. Ich danke allen, die Sie heute gekommen sind. Diejenigen von Ihnen, verehrte Festgäste – und jetzt kommt etwas ganz Unvermeidliches – die vielleicht noch gar nicht Mitglieder oder Förderer unserer gemeinnützigen Gesellschaft sind, ermuntere ich, es zu werden. Wir haben Schriften von Sternberger, Informationen über die Gesellschaft und Beitrittsformulare auf einem Tisch draußen ausgelegt. Und während des Empfangs, den es nachher geben wird, findet sich sicher eine Gelegenheit, dort eine Unterschrift zu leisten. Herzlichen Dank auch den Damen und Herren aus Berlin, aus Heidelberg und Kaiserslautern, die im Hintergrund zum Gelingen dieser Feier beigetragen haben.

Ganz besonders herzlich begrüße ich schließlich den Preisträger selbst, Herrn Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt. Ich hoffe, Sie haben nicht befürchtet, ich könnte Sie vergessen haben. Wir freuen uns alle sehr, dass Sie bereit waren, den Preis anzunehmen und die Mühe auf sich zu nehmen, nachher zu uns zu sprechen. Bei der Vorbereitung auf diese kurze Begrüßung habe ich Manches, was Sie geschrieben und was Sie gesprochen haben, gelesen und auch wiedergelesen. Und dabei unterstützt von meinem Heidelberger Nachbarn und Freund Hartmut Soell, der mit seiner Frau heute auch unter uns ist und der in den sechziger Jahren ihr Mitarbeiter war. Sie sind, sehr verehrter Herr Schmidt, für mich ganz persönlich und ich ,zitiere jetzt, „ein Vorbild, in dem das scheinbar Unvereinbare gleichsam selbstverständlich vereint ist, nämlich Prinzipientreue mit dem Blick auf das nahe liegend Notwendige, nämlich lebenslang festgegründete Gesinnung mit der Fähigkeit, das unmittelbar Mögli-

che schrittweise zu verwirklichen, staatsmännischer Weitblick mit politischem Pragmatismus.“ Sie werden das Zitat und die minimalen Veränderungen, die ich vorgenommen habe, im Text erkannt haben. Die Worte stammen aus Ihrer eigenen Lobrede auf Wilhelm Kaisen, den großen Bremer Bürgermeister und Europäer, den meine bremische Großmutter – ich hoffe das ist gegenüber dem Hamburger nicht wirklich ein Affront – schon in den 50er Jahren dem kleinen Klaus gegenüber mit dem knappen Satz zu beloben pflegte: „Er macht, was er sagt“. Sternberger hätte sich, sehr verehrter Herr Schmidt, über Ihr Bekenntnis zum Parlament, über Ihr hohes Verantwortungsbewusstsein in schwierigsten Zeiten, über Ihre Fähigkeit, Ihren Zielen wie den ihnen zugrunde liegenden Anschauungen klaren sprachlichen Ausdruck zu verleihen, sicher gefreut. Aber bevor ich unversehens in eine Laudatio gerate, die meines Amtes nun wirklich nicht ist, sage ich lieber:

Sie haben das Wort, sehr verehrter Herr Kollege Biedenkopf.

Sehr verehrter Herr Kollege Landfried,
Herr Ministerpräsident Vogel,
Herr Fraktionsvorsitzender Müntefering,
verehrte Festversammlung,
lieber Helmut Schmidt,

mit der Laudatio auf unseren Preisträger ist mir eine im Grunde kaum zu bewältigende Aufgabe übertragen worden. Deshalb, Herr Professor Landfried, wäre ich dankbar gewesen, wenn Sie schon einen Teil der Laudatio übernommen hätten.

Die schiere Unmöglichkeit dieser Aufgabe gründet zum Einen darin, etwas zu loben, was vielen, nicht nur mir, offensichtlich erscheint: Dass Helmut Schmidt ein hervorragender politischer Redner ist, ein Vorbild für viele, die sich mit öffentlicher Rede befassen. Zum anderen liegt sie in der Notwendigkeit, aus den in über vierzig Jahren entstandenen Materialien diejenigen auszuwählen, auf die sich die Bewertung stützen soll, die ja in einer Laudatio auch enthalten zu sein hat. Deshalb bin ich Herrn Prof. Landfried und Herrn Prof. Soell dankbar dafür, dass sie mir bei dieser Auswahl ihre Unterstützung haben angedeihen lassen. Ihre Auswahl hat ergeben, dass ich mich neben vielen Reden, die ich kenne, gehört oder gelesen habe, im folgenden im Wesentlichen auf Reden beschränke, die Helmut Schmidt im Bundestag gehalten hat: Reden zwischen 1972 und 1986.

Sie haben aus der Rede von 1986 bereits zitiert. Diese Reden befassen sich mit den unterschiedlichsten Themen, sie sind auf politische Tages- vor allem aber auf politische Grundsatzfragen ausgerichtet. Es sind parlamentarische Reden, große parlamen-

tarische Reden. Sie dienen der Klärung der politischen Auseinandersetzung und der Überzeugung der Parlamentarier, der Parteien und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Zwei Ausnahmen aus der Reihe der Reden, von denen ich ausgehe, möchte ich erwähnen. Es sind die Reden vom 20. Oktober 1977 und vom 9. November 1978. Beide Reden haben keine politischen Auseinandersetzungen im üblichen Sinne zum Gegenstand. Es sind vielmehr Reden, die aus tiefgehenden, schwierigen, fast unüberwindlichen Problemen und Verantwortung entstanden sind. Ich komme darauf zurück.

Die Begrenzung, die in dieser Auswahl zum Ausdruck kommt, schätzt allerdings Helmut Schmidt als parteipolitischen Redner, als Kämpfer mit schwerem Säbel, als gefürchteten Debatten-

redner im politischen Duell, als Zwischenrufer und als Beantworter von Zwischenrufen keineswegs gering.

Seit Anfang der 60er Jahre hatte ich die Möglichkeit, Helmut Schmidt als Politiker, als Kanzler und Staatsmann nicht nur zu beobachten sondern auch kennen und in jüngerer Vergangenheit auch begleiten zu dürfen. Deshalb weiß ich, dass meine Auswahl durchaus willkürlich ist. Gleichwohl: Die parlamentarische Rede, auch geprägt durch den Respekt vor dem Parlament als dem eigentlichen Ort der Freiheit und des Ausdruckes politischen Gestaltungswillens, ist und bleibt etwas Besonderes.

In all seinen Reden – auch in denen, die heute unerwähnt bleiben – bleibt Helmut Schmidt bemüht um Aufklärung, Wahrheit und Wahrhaftigkeit. In ihnen sieht er die Grundlage politischer Autorität und Zustimmungsfähigkeit. Er zollt dem politischen Gegner Respekt, wenn er ihn ernst nimmt und in ihm wie bei sich selbst das Bemühen um Wahrheit anerkennt. Wenn er ihn wegen seiner Qualität und Kompetenz respektiert. Aber ebenso so ehrlich ist Helmut Schmidt, wenn er diese Fähigkeiten bei seinen Kontrahenten vermisst. Dann ist er fähig zu Ironie, Spott und zwar die Würde des anderen wahrenden, aber gleichwohl treffenden Formen der Missachtung – heute vielleicht weniger als früher.

Die Rede soll überzeugen, im Streit der Standpunkte, soll den anderen gewinnen, auch wenn es schwierig erscheint. Aufklärung der Sachverhalte ist deshalb ein wichtiges Element, Überwindung von Unklarheiten, die Definition von Zielen, die Analyse möglicher Wege, die zum Ziel führen. Es geht darum, die Alternativen abzuwägen und dabei stets um Wahrhaftigkeit

und Ehrlichkeit bemüht zu bleiben. Dies eingedenk der Unmöglichkeit, Wahrheit im objektiven Sinne zu erkennen. Letztlich überzeugt und überzeugend durch Schlüssigkeit, durch Augenmaß und durch das leidenschaftliche Bemühen, mit dem um Klarheit und Vertrauen gerungen wird. All diese Qualitäten finden sich in den Reden Helmut Schmidts in reichlichem Maße.

Aber eine Rede verdankt ihren Erfolg oder ihr Scheitern auch der Sprache, Sprache als eigenständigem Anspruch. Die Reden, die ich in den letzten Wochen gelesen habe, beeindrucken mich immer wieder durch ihre Sprache: durch die Klarheit der Sprache, durch die Treffsicherheit der Formulierungen, durch die Wahl der Begriffe und durch den Versuch, das Vorgetragene transparent zu machen, sei es in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im parlamentarischen Dialog, sei es in der auf die Gemeinschaft, auf das Ganze, auf die Bevölkerung ausgerichteten Rede. Die Sprache als Mittel, aber auch als Schranke des Inhalts.

Denn: Was man nicht durch Sprache mitteilen kann, kann man auch nicht denken – oder anders gewendet, wer nicht vernünftig sprechen kann, kann auch nicht vernünftig denken. Wie Helmut Schmidt die Sprache auf beispielhafte Weise als Ausdruck der Kultur der Debatte nutzt, das wird in allen seinen Reden, jedenfalls in denen immer wieder deutlich, die wir als seine wichtigen und bedeutenden ansehen müssen. Die Kultur der Sprache macht die Kultur der Debatte aus, diese die Kultur der Politik und diese die Kultur der Freiheit.

Lassen Sie uns im Rahmen dieser Laudatio einige wenige Reden ansprechen. Beeindruckt hat mich bereits die erste Re-

de aus der Auswahl Professor Landfrieds. Es ist die Rede vom 24. Februar 1972 über die Ostverträge. Wer sich wie ich und viele andere an die damaligen Auseinandersetzungen erinnert, der wird wissen, wie tief die Spannungen und die Schwierigkeiten waren, vor denen wir uns alle sahen bei der Beurteilung der von Willy Brandt eingeleiteten Öffnung nach Osten. In dieser Rede, vom damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt gehalten, wird deutlich, wie unmittelbar und aus tiefer Überzeugung der Redner selbst engagiert ist: wohl wissend um die großen Differenzen und Spannungen, in der die Entscheidungen über die Ostverträge stattfinden würden, und um die zum Teil unversöhnlichen Gegensätzen. Wie er, wohl wissend um all diese Hindernisse, gleichwohl bemüht ist, das Parlament dennoch zu gewinnen.

Er belässt es nicht bei der Feststellung: Wir haben die Mehrheit. Es geht ihm um die inhaltliche Auseinandersetzung der unterschiedlichen Positionen. Und er wählt unter denjenigen, mit denen er sich vor allem auseinandersetzen will, Dr. Gerhard Schröder, den früheren Außenminister. Er war in dieser Debatte nach Auffassung Helmut Schmidts derjenige, der im besten Sinne des Wortes eine, wenn von Helmut Schmidt zwar nicht inhaltlich geteilte, aber durch die Bemühung um rationale Begründung des eigenen Standpunktes herausragende Rede gehalten hatte, der er durch seine Antwort zugleich Respekt zollte.

Wer diese Rede heute liest, muss beeindruckt sein nicht nur von der Analyse der Lage und der Möglichkeiten der damaligen Zeit, der Einschätzung künftiger Entwicklungen, der Darstellung der Zusammenhänge. Er muß auch beeindruckt sein von

dem visionären Charakter der Rede - Helmut Schmidt hört das vielleicht selbst nicht so gerne, weil er mit dem Wort Vision nicht immer etwas anfangen kann - dem visionären Charakter dessen, was im Jahr 1972 gesprochen wird und was keineswegs im Widerspruch zu dem pragmatischen Anspruch steht, den Helmut Schmidt als Redner immer wieder geltend macht. Er nimmt in dieser Rede spätere Entwicklungen vorweg. Nicht nur im Zusammenhang mit seinem Hinweis auf die elementare Bedeutung der Ostverträge als Basis für die Befriedung der Berlin-Frage, sondern auch mit dem Blick auf die Möglichkeiten, mit Hilfe der Ostpolitik im europäischen Rahmen auch Voraussetzungen für die spätere deutsche Einheit zu schaffen. Er begründet die Entspannungspolitik, die er als Grundlage für die Öffnung nach Osten versteht, nicht nur aus dem Interesse Deutschlands und Europas. Er sieht in ihr auch ein wesentliches Element, wie er es später, bis zu seiner Abschiedsrede im Bundestag wiederholt, der europäischen Einheit und des atlantischen Bündnisses.

Aus heutiger Sicht erscheint uns der Text dieser Rede fast selbstverständlich. Aus damaliger Sicht war er ein kühner Entwurf, ein gestaltender Text, der nicht polemisch war. Die Sprache ist zurückhaltend, was den Ernst des Gegenstandes unterstreicht. Der Redner lässt auch keine Relativierung der Ernsthaftigkeit durch Zwischenrufer oder polemische Anmerkungen zu. Er übergeht sie, ab und zu mit einer leicht hingeworfenen, aber den Zwischenrufer um so wirksamer zurecht weisenden Bemerkung. Immer wieder kehrt er zurück zu dem eigentlichen Partner dieses klassischen parlamentarischen Diskurses. Tief gehende Begründungen auch der unterschiedlichen Positionen – und, was ich nicht zu erwähnen versäumen

möchte: der Wunsch nach und die Bemühung um Gemeinsamkeit.

Alle seien einig, so heißt es an einer Stelle, dass Entspannungspolitik die Sicherheitspolitik ergänzen, aber nicht den Verteidigungsbeitrag ersetzen kann. Die stets auf Neue wiederholte Betonung der gemeinsamen Basis als Voraussetzung für einen fruchtbaren und letztlich zielführenden politischen Diskurs ist ein Grundmotiv in all den Reden, soweit sie sich mit politischer Auseinandersetzung befassen.

Ganz anders die beiden Reden unserer Auswahl, die sich nicht unmittelbar in den Prozess der politischen Auseinandersetzung einreihen, sondern geprägt sind von grundsätzlichen Fragen der Gemeinwesens. Zum einen die Rede vom 20.10.1977, gehalten nach der Ermordung von Hanns-Martin Schleyer und der erfolgreichen Befreiung der Passagiere und der Besatzung des entführten Flugzeuges der Lufthansa in Mogadischu, aber auch befasst mit dem bis dahin vergeblichen Bemühen, die Terroristen zu ergreifen und vor Gericht zu stellen. Wollte man dieser Rede einen Titel geben, müsste man sie „Schuld und Versäumnis“ nennen. Helmut Schmidt bringt in ihr das unauflösbare Dilemma zwischen verschiedenen elementaren Bedürfnissen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Gemeinschaft auf den Punkt.

Drei Orientierungspunkte gibt er vor, und alle, die er beteiligt hat an der Bewältigung dieser an die Grundlagen der freiheitlichen Gesellschaft reichenden Krise teilen sie: Hanns-Martin Schleyer lebend zu befreien, die Täter zu ergreifen und die Fähigkeit des Staates zu sichern, seine Bürger gegen Gefahren zu

schützen. Er weiß – und er spricht es aus –, dass die Erfüllung jedes einzelnen dieser drei Orientierungspunkte die Erfüllung der übrigen Maxime beschränkt oder gefährdet. Letztlich erweist sich der Widerspruch als nicht auflösbar.

Es fehlt die Zeit für ausführliche Zitate. Aber ich möchte wichtige Passagen dieser Rede, vor allem jene, die sich mit den Ansprüchen junger Menschen beschäftigen, als Material für die heutige und zukünftige Ausbildung junger Menschen empfehlen. In eindrucksvoller Weise wird deutlich, wie Helmut Schmidt, scheinbar pragmatische aber in Wirklichkeit grundsätzliche Fragen immer wieder zurückführt auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. In Helmut Schmidt nur den Pragmatiker zu sehen, wird ihm nicht gerecht. Im Gegenteil: die Sicherheit, mit der er Probleme pragmatisch zu lösen versucht und seine Überzeugung, dass dies möglich sei, beziehen ihre eigentliche Kraft und ihre eigene Quelle aus der Sicherheit seines Verständnisses der Grundwerte, aus der Überzeugung von der Unverzichtbarkeit der Freiheit und des Schutzes der Menschenwürde.

Beides kommt auch in der Rede vom 9. November 1978 zum Ausdruck. Eine Rede, die nicht nur die Vergangenheit anspricht und die Notwendigkeit betont, dass, wer Frieden erbittet und darüber hinaus Versöhnung, wahrhaftig sein muss. Wörtlich heißt es dazu...“der muss zur Wahrheit sich fähig machen“. Seine Aufforderung, sich zur Wahrheit fähig zu machen, dient ihm zum einen als Maßstab für seine Betrachtung der Ursachen der schrecklichen Ereignisse am 9. November 1938 und dessen, wohin sie führten: nämlich zu dem Wahn, die Schuld für eigene Beschwerde und Unzulänglichkeit bei dem anderen zu suchen

und die Hysterie, diesen anderen zum Sündenbock zu machen. Zum anderen führt sie darüber hinaus wieder hin zu den jungen Menschen, die keinen wirklichen Bezug mehr zu diesen Ereignissen haben. Sie mahnt er, aus diesen Ereignissen zu lernen. Aber er mahnt zugleich auch die Älteren, den Jüngeren dabei zu helfen.

Es folgt dann, nach dem Wahlsieg von 1980, die Zeit, in der Helmut Schmidt seine Koalition scheitern sieht. Der 17. September 1982, wenige Tage nach dem Bericht über die Lage der Nation vom 9. September 1982, macht offensichtlich, dass die Regierung wohl keine Zukunft mehr hat. Die Rede, mit der er auf diese Stunde antwortet, ist eine Meisterleistung des Parlamentariers und des Machtpolitikers Helmut Schmidt: gleichzeitig mit einander zu verbinden die einmalige geschichtliche Beschreibung des Vorgangs und die politische Vorsorge für die Zukunft seiner Partei.

Es ist naheliegend und deshalb auch nicht verwunderlich, dass Helmut Schmidt in dieser schwierigen, für ihn komplizierten Rede Ursachen für das Scheitern bei seiner eigenen Partei nicht untersucht. Das konnte man wohl auch nicht verlangen. Zwei Ziele prägen diese Rede, die nachzulesen auch heute ein Gewinn bleibt. Das eine Ziel: die Opposition, die Regierungspartei werden will, in die Lage zu bringen, eine Entscheidung treffen zu müssen, die sie nicht treffen möchte, nämlich den Bundestag aufzulösen und alsbald Neuwahlen auszuschreiben. Und das zweite Ziel: die eigentliche Schuld am Scheitern der Koalition nicht bei der eigenen Partei zu suchen, sondern bei den Freien Demokraten dingfest zu machen. Die anschließende Wahl in Hessen zeigt, dass dies Helmut Schmidt gelungen ist. In seiner

Rede am 1. 10., dem Tag des konstruktiven Misstrauensvotums, bringt er es zum Ausdruck.

Aber ich erwähne diese Rede nicht deshalb, weil es sich bei ihr um die letzte parlamentarische Auseinandersetzung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit seinem Nachfolger handelt. Wichtiger erscheint sie mir, weil der scheidende Kanzler sie nutzt zu einem politischen Vermächtnis für den nachfolgenden Kanzler; in zehn Punkten, von denen die Mehrzahl der Punkte außenpolitischer Natur ist.

Zusammen mit seiner, bereits erwähnten Abschiedsrede vom Parlament führt mich dies zu wenigen grundsätzlichen Überlegungen zurück. Wenn man – wie ich – Helmut Schmidt über viele Jahre als Redner, aber auch als Autor verfolgt hat, im Grunde über fast vier Jahrzehnte, dann wird deutlich, dass der angebliche Weltökonom, wie ihn seine politischen Gegner häufig ironisiert haben, der Ökonomie zwar eine große Bedeutung beimißt, in Wirklichkeit aber vor allem Außenpolitiker ist. Die Dominanz der Außenpolitik seines politischen Denkens und Handelns kommt sowohl in dem Vermächtnis an den Nachfolger wie auch in der Abschiedsrede zum Ausdruck. Es sind Fragen der Ostpolitik, der Rüstungsbegrenzung oder der guten Nachbarschaft, die Deutschland zu den das Land umgebenden Nachbarn pflegen muss. Es sind Fragen der Zukunft, der Einheit der Nation und wie diese Einheit auch unter Bedingungen staatlicher Teilung aufrecht erhalten werden kann. Es geht in der Auseinandersetzung um die strategische Verteidigungsinitiative um die Abwägung zwischen Rüstungsbegrenzung einerseits und andererseits der Betonung der Notwendigkeit, wenn Rüstungsbegrenzung scheitert, das strategische Ungleichgewicht

nicht zu akzeptieren sondern auszugleichen, wie es zum Beispiel durch die Positionierung der Mittelstreckenraketen SS 20 durch die Sowjetunion entstanden war. Diese Abwägung führt Helmut Schmidt zu der, wie ich glaube, bedeutendsten strategischen Entscheidung im Zusammenhang mit der Konfrontation des Kalten Krieges: zur Entwicklung des sogenannten Doppelbeschlusses. Verhandeln, aber nicht zurückweichen, deutlich machen, wo die Grenzen sind.

Es gehört zu der von Helmut Schmidt immer wieder betonten politischen Gemeinsamkeit zwischen ihm und seiner Partei auf der einen und seinem Nachfolger Helmut Kohl und dessen Partei auf der anderen Seite: dass es gelungen ist, in diesen Fragen Kontinuität zu wahren. Helmut Schmidt hat die Idee des Doppelbeschlusses entwickelt, Helmut Kohl hat sie gegen sehr eindrucksvolle und massive Friedensdemonstrationen durchgesetzt, am 23. November 1983 im Bundestag. Diese Entscheidung, entwickelt von Helmut Schmidt, fortgeführt und durchgesetzt von Helmut Kohl, war ein Signal an die Sowjetunion, dass sich Deutschland nicht von Amerika werde trennen lassen. Dieses Signal wiederum wurde in Moskau verstanden als die Bestätigung für die Aussichtslosigkeit der bisherigen Versuche, das atlantische Bündnis aufzubrechen, jedenfalls aber Deutschland aus dem Bündnis zu lösen. Selbst mit dem Angebot der Wiedervereinigung Deutschlands wäre dies nicht zu erreichen.
Vieles noch ließe sich zur Sache, die uns zusammenführt und zu den Reden des Mannes sagen den wir ehren wollen. Wenn ich für mich ein Fazit ziehe, dann ist es dieses:

Im Studium der Reden unseres Preisträgers habe ich erneut bestätigt gefunden, dass die Kraft einer Rede aus der Überzeugung des Redners erwächst, dass es ohne eine tiefe innere

Überzeugung der Richtigkeit dessen, was der Redner erstrebt, auch keine Überzeugungskraft der Rede gibt. Dass diese Überzeugung sich auf das Wohl des Ganzen oder wesentliche seiner Elemente beziehen muss und nicht auf das Wohl des Redners und seiner Interessen. Die Menschen spüren den Unterschied und sie missbilligen das Letztere.

Wenn Augenmaß und Leidenschaft sich verbinden, wenn Wahrheit und Wahrhaftigkeit die Rede leiten, wenn Auseinandersetzung und Streit nicht den Boden verlassen, auf dem Freiheit gedeiht und die Würde des Menschen sich entfaltet, wenn die Rede geprägt ist vom Mut zur Wahrheit, wenn Nüchternheit und Pragmatismus sich mit dem Glauben an die Möglichkeit einer freiheitlichen und gerechten Zukunft des Gemeinwesens verbinden, wenn die Rede Ausdruck von Führung ist, die dienen will: Dann ist es eine Rede, die Auszeichnung verdient. Helmut Schmidt hat viele solcher Reden gehalten. Wir danken ihm dafür.

Rede
des Thüringer Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel
bei der Verleihung des Dolf-Sternberger-Preises für öffentliche Rede
an Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt
am 15. März 2003 in Berlin

Lieber Klaus Landfried,
lieber Kurt Biedenkopf,
verehrter Herr Müntefering,
vor allem aber hoch verehrter Herr Bundeskanzler Schmidt,
meine Damen und Herren,

Der Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede wird heute zum sechsten Mal vergeben. Und auch wenn es mir als einem überzeugten Unionspolitiker nicht leicht fällt – noch dazu hier im Vorstandssaal der SPD-Fraktion: er wird zum zweiten Mal an einen sozialdemokratischen Bundeskanzler vergeben.

Willy Brandt und Helmut Schmidt - zwei Persönlichkeiten, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Zwei Menschen, die ihren sehr eigenen Umgang mit der Sprache pflegen. Zwei Menschen, die verschieden sind, die aber verbindet, dass sie sich mit ihrem Wirken, vor allem mit ihren Reden für eine lebensfähige Demokratie engagieren. Zwei Menschen, die Neuanfänge gewagt und dann über viele Jahre konsequent und entschieden verfolgt haben.

Wir haben eben erwartungsgemäß eine überaus profunde Laudatio von Kurt Biedenkopf gehört, für die ich mich im Namen der Jury, aber sicherlich auch im Namen der Sternberger-

Gesellschaft sehr herzlich bedanken möchte. Wie gesagt, ich war nicht überrascht, aber ich war beeindruckt und ich hoffe, viele von Ihnen auch. Nun ist es schwierig, noch zutreffende Worte bei der Übergabe des Preises an den Preisträger zu finden, erstens etwas zu sagen, was noch nicht gesagt worden ist, das zweitens dem rhetorischen und politischen Wirken eines herausragenden deutschen Politikers gerecht wird und drittens berücksichtigt, dass es nicht ganz einfach ist, von Helmut Schmidt nicht kritisiert zu werden, wenn man ihn lobt. Euripides hat einmal gesagt *„Edle Seelen zürnen leicht bei ihrem Lob dem Lober, wenn sie dieser überschwenglich lobt“*.

Und das möchte ich mir deswegen zu Eigen machen. Es ist also Vorsicht geboten. Aber ich wage es dennoch, weil es erhebliche Übereinstimmung zwischen dem Namensgeber dieses Preises, also Dolf Sternberger, und dem Preisträger Helmut Schmidt

gibt. Es ist schon deutlich geworden: sprachliche Präzision, sprachliche und gedankliche Klarheit waren beiden wichtig. Die Substanz des Gesagten steht als Gewicht im Vordergrund.

„Das Wichtigste an einer Rede ist die Substanz, Problemstellung, Lösungsangebote, kurz: Die Konzeptionskraft.“ Ein Satz von Helmut Schmidt, der aber ebenso gut von Dolf Sternberger hätte stammen können. Gleiches gilt für die Einschätzung, dass die politische Rede nicht von moralischen Absichten, von „Verantwortungsethik“ frei sein darf.

„Demokratie ohne Rede gibt es nicht“, sagt Helmut Schmidt, um dann kritisch hinzuzufügen: *„Demokratie hat viele Schattenseiten, die nicht in der Schule gelehrt werden, wenn Demokratie unterrichtet wird. Zu den Schattenseiten gehört, dass sie Demagogie prämiert.“* Eine Gefahr, meine Damen und Herren, die die Demokratie und die Diktatur gemeinsam haben.

Dieser Gefahr der Demagogie hat Helmut Schmidt die Gradlinigkeit, die Entschlossenheit und die Offenheit seiner Reden entgegengesetzt. Reden, die stets die Sache und nicht die Person des Redners in den Mittelpunkt gestellt haben. Reden, die dem Gemeinwesen gedient haben in schwierigen Zeiten. Trostreicher Weise gab es die auch schon früher, meine Damen und Herren, manche vergessen das gelegentlich.

Reden und Handlungen waren erforderlich. Es ist ja gerade von Kurt Biedenkopf etwa an den „deutschen Herbst“ erinnert worden, an die Entführung von Hanns-Martin Schleyer und die Entführung der „Landshut“. Oder auch an die wichtige Rede vom 28. Oktober 1977 vor dem internationalen Institut für Strategische Studien in London, wo die Begründung für die Nachrüstung gegeben wurde.
Beispiele, die sich in unzähligen Bundestagsreden wiederspiegeln, und die sagen, dass Helmut Schmidt niemals der Mut zur Klarheit gemangelt hat. Die Furcht vor seinen treffenden und vor seinen ironischen, bisweilen auch scharfen Bemerkungen, aber auch der Respekt vor seinen sprachlichen Fähigkeiten, haben ihm bekanntlich bei seinen politischen Gegnern einen Spitznamen eingebracht, den Sie meine Damen und Herren, alle kennen.

Hans-Martin Gauger, der der Jury angehört und heute erfreulicherweise bei uns ist, hat wesentlich differenzierter formuliert und den besonderen Redestil Helmut Schmidts eindrucksvoll beschrieben. Ich zitiere Gauger: *„Da ist zunächst die klare artikulierende, modulationsfähige Stimme. Sie konnte metallen und schneidend sein (...) Aber sie verstand sich auch, besonders im Fernsehgespräch, auf den verbindlichen Kammerton. Dann*

die zupackende schnörkellose Nüchternheit der Sprache: wenig ‚Schmuck‘, wenig ‚Ornatus‘. Nüchternheit, aber gepaart mit Temperament. Kaum je war er langweilig.“

Meine Damen und Herren, das spiegelt sich auch im Wortlaut der Urkunde, die ich für die Jury übergeben darf, wieder, und in dem Preisgeld, dass ich überreichen darf.

In der Urkunde heisst es:

„Mit der Vergabe eines Preises für öffentliche Rede will die Dolf Sternberger-Gesellschaft an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Ihn bewußt zu machen war eines der Ziele, denen Dolf Sternbergers Lebenswerk galt. In Anerkennung seines Beitrages zur Kultur der politischen Rede wird der Dolf Sternberger-Preis 2002 verliehen an Herrn Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt.

Die Jury hat bei ihrer Entscheidung nicht nur die hohe Debattierkunst des überzeugten Parlamentariers und späteren Kanzlers gewürdigt, sondern auch das glaubwürdige ‚Ethos des Pragmatikers in moralischer Absicht‘, der vor allem, aber nicht nur im Deutschen Bundestag durch seine Reden sprachlich wie menschlich als Vorbild gewirkt hat und sich hierfür weltweiten Respekt erwarb.

Berlin, den 15. März 2003.“

Ich bin dankbar und stolz, dass ich diese Urkunde Helmut Schmidt überreichen darf.

***

Urkunde

Mit der Vergabe eines Preises für öffentliche Rede will die Dolf Sternberger-Gesellschaft an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Ihn bewusst zu machen war eines der Ziele, denen Dolf Sternbergers Lebenswerk galt.

In Anerkennung seines Beitrages zur Kultur der politischen Rede wird der Dolf Sternberger-Preis 2002 vergeben an

Herrn Bundeskanzler a.D.

Helmut Schmidt

Die Jury hat bei ihrer Entscheidung nicht nur die hohe Debattierkunst des überzeugten Parlamentariers und späteren Kanzlers gewürdigt, sondern auch das glaubwürdige «Ethos des Pragmatikers in moralischer Absicht», der vor allem, aber nicht nur im Deutschen Bundestag durch seine Reden sprachlich wie menschlich als Vorbild gewirkt hat und sich hierfür weltweiten Respekt erwarb.

Berlin, den 15. März 2003

Der Vorsitzende der
Dolf Sternberger-Gesellschaft

Prof. Dr. Klaus Landfried

Der Vorsitzende der Jury

Dr. Bernhard Vogel

Helmut Schmidt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die Ehrung durch diesen Preis für öffentliche Rede darf ich Ihnen, Herr Vogel, Ihnen Herr Landfried, der Sternberger-Gesellschaft insgesamt sehr herzlich danken. Besonders danke ich meinem Freund Kurt Biedenkopf für seine Laudatio. Kurt, Sie haben zwar geschmeichelt, aber als allzu menschlicher Mensch habe ich es gern gehört.

Ich muss Ihnen, meine Damen und Herren, vorweg gestehen, dass ich Dolf Sternberger nicht persönlich begegnet bin, wohl aber von weitem und vor allem als Leser – es begann wohl mit dem „Wörterbuch des Unmenschen“ – es ist viele Jahrzehnte her. Der Zusammenhang von Politik und Sprache ist einerseits offensichtlich, andererseits aber schließt dieser Zusammenhang gewaltige Probleme ein. Sie reichen von der philosophisch-ethischen Begründung von Staatsform und Verfassung bis hin zu dem Gestaltwandel der Demokratie im Laufe von Jahrhunderten.

Democracy is government by discussion – das gilt immer noch. Aber der Gestaltwandel reicht heutzutage bis zur Fragwürdigkeit der Fernseh-Massendemokratie, die ganz was anderes ist als die Demokratie einer lesenden Gesellschaft, eine Demokratie, für die einprägsame lebende Bilder, die unmittelbar ins Bewußtsein von Millionen dringen, wichtiger geworden sind als etwa sorgfältig formulierte Sprache. Auf der agora im klassischen Athen musste der Politiker durch seine Sprache und

mit der technischen Hilfe allein seiner Stimme eine Masse überzeugen, er konnte sie auch durch sein Charisma hinreißen. Aber immer kam es auf ihn selbst an. Heute dagegen kiommt es vor allem an auf Fernseh-Präsenz und weltweit auf CNN. Und Staatsmänner heute haben ganze Stäbe von Redenschreibern. Oft genug bedienen sie sich eines Teleprompters, der ihnen – für die Zuhörer oder die Fernsehzuschauer ganz unsichtbar! – der ihnen den Redetext Satz für Satz vor Augen spiegelt. Und so kann einer im Fernsehpublikum die Wirkungen erzeugen eines spontanen und deshalb überzeugenden staatsmännischen Redners, obschon er tatsächlich nur ein technisch-routinierter Fernsehsprecher ist. Schlimmer ist, dass das Fernsehen sich mit bloßen Sound-bites begnügt, oft genug. Das Fernsehen erzieht das Publikum zur Oberflächlichkeit und ebenso den Politiker.

Immerhin wird ein Politiker auch heute auf die Dauer nur dann überzeugen – das hoffe ich wenigstens – nur dann, wenn die Menschen a la longue eine tendenzielle Übereinstimmung zwischen seinen rednerischen Ankündigungen und seinem tatsächlichen Handeln erkennen können. Wort und Tat dürfen nicht allzu weit auseinanderklaffen.

Dolf Sternbergers Wort vom „Verfassungspatriotismus“ ist im öffentlichen Bewußtsein eine gute Hilfe gewesen, zumal während der Zweiteilung Deutschlands, da manch einem die gemeinsame nationale Identität der Deutschen als zweifelhaft erschienen ist. Wenn man das ganze Lebenswerk Sternbergers, die Hunderte von Artikeln, Essays und Reden anschaut, dann wird einem durch manche seiner Beiträge politische Hilfe zuteil.

Wie mir scheint, er hat sich tiefer und umgreifender mit dem Wesen der Politik und mit dem Politiker befasst als etwa Max Weber, anderthalb Generationen vor Sternberger. Webers berühmter und immer noch lesenswerter Essay über „Politik als Beruf“, 1919 gegen Ende seines Lebens und in der Phase eines tiefgreifenden Umbruchs geschrieben, dieser Essay war eine Glanzleistung Webers. In meinen Augen ist Sternbergers gesamtes Werk eine Glanzleistung. Ihm ist mit Max Weber gemeinsam, dass beide politisch hoch engagierte Bürger des Staates sind, jedoch tatsächlich auf das Reich des Denkens und Schreibens beschränkt bleiben und nicht selbst als tätige Politiker gestaltend eingreifen.

Als ich Richard von Weizsäckers jüngste Rede zu Max Webers Thema las und wenn ich auf Bernhard Vogel blicke, auf Kurt Biedenkopf oder an mich selbst denke, so wird mir deutlich: Es ist der Abstand von der Politik, der Weber und Sternberger zu

ihren luziden und hilfreichen Urteilen befähigt hat. Wir hingegen, denen Politik zum Beruf geworden ist, zum Täglichen, wir haben einerseits häufig nicht genug Distanz, andererseits aber hatten wir oder haben wir noch die Möglichkeit, die gegenwärtigen Dinge tatsächlich zu beeinflussen.

Für mich hat Friedrich Christoph Oetinger eine Richtschnur gegeben, der vor gut zwei Jahrhunderten Gott gebeten hat, um die Gelassenheit gebeten hat, Dinge hinzunehmen, die er nicht ändern kann, um den Mut gebeten, die Dinge zu ändern, welche er ändern könnte – und um die Urteilskraft, beides voneinander zu unterscheiden. Dabei wissen wir demokratisch geeichten Berufspolitiker, dass zum Verändern Mut allein wirklich noch nicht ausreicht. Vielmehr ist im Vorwege die richtige Zielsetzung jeder Veränderung notwendig, und sodann das Konzept für die angemessenen Schritte und Instrumente, das heisst also: Zunächst die Anstrengung der Vernunft – und sodann der Mut, aber dann eben auch die Fähigkeit, als Redner eine Mehrheit von Ziel und von Konzept zu überzeugen.

Ich will dies Thema nicht vertiefen. Denn angesichts der Regierungserklärung von gestern, ansichts des Krieges gegen den Irak, der allem Anschein nach unmittelbar bevorsteht, würde ich mir als allzuweit von der heutigen Realität distanziert vorkommen, wenn ich die Aufgabe des Politikers als Rhetor heute morgen abstrakt in den Mittelpunkt stellte. Statt dessen möchte ich Ihnen drei eher zeitgemäße allerdings etwas längliche Bemerkungen vortragen.

Zum ersten:

Im Blick auf die deutsche Einheit hat Willy Brandt, als er sich, 1992 war das, für den Dolf Sternberger-Preis bedankte, gesagt, es beginne klar zu werden, „... daß die Gestaltung der deutschen Einheit erst noch richtig vor uns liegt ....“. Wenn wir zum Beispiel den wichtigen ökonomischen Aspekt dieser Aufgabe betrachten, dann ist jener Satz auch heute, zehn Jahre später, leider immer noch richtig. - liegt noch vor uns. Zwar haben wir im Osten viele gute Fortschritte erreicht, so zum Beispiel in der Herstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur – Straßen, Autobahnen, Flughäfen, Telefone, Wasser usw. – oder zum Beispiel in der Herstellung moderner Systeme sozialer Sicherheit und unerwartet hoher Sozialleistungen.

Aber der ökonomische Aufholprozess Ostdeutschlands ist seit Mitte der neunziger Jahre ins Stocken gekommen, um nicht zu sagen zum Stillstand gekommen. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist immer noch doppelt so hoch wie im Westen. Immer noch fehlt es im Osten an einer befriedigenden ökonomischen Eigendynamik und Tragkraft. Darüber hinaus haben aber die immer noch sehr hohe Subventionsabhängigkeit des Ostens und die unverändert hohe Subventionsfinanzierung aus westlichen Steuer- und Beitragsaufkommen ganz entscheidend das Wachstumstempo der gesamten deutschen Volkswirtschaft behindert. Die Aufgabe der ökonomischen Vereinigung ist also keineswegs erledigt.

Im Stadtstaat Berlin kulminiert die ökonomische Besorgnis. Berlin ist zum weitaus größten Subventionsempfänger oder Subventionsverbraucher geworden und die katastrophale finanzielle Subventionsabhängigkeit dieser Metropole Europas ver-

langt nach einem umfassenden Konzept. Das setzt im Bund wie im Stadtstaat Detailkenntnis voraus, Übersicht voraus, setzt Erfahrung voraus, auch verlangt sie Einfallsreichtum. Und sodann wird man Mut brauchen, zumal Berlin in den kommenden Jahren im Blickpunkt der Nation und des Auslands stehen wird.

An diesen Berliner Problemen wird beispielhaft deutlich, woran es seit 1990 und jedenfalls bis gestern zur Bundestagsdebatte insgesamt gefehlt hat. Wir brauchen eine ehrliche, umfassende ökonomische Diagnose, oder Bestandsaufnahme sagt man heutzutage, eine konsequente Aussprache, die Bereitschaft zum Zuhören, sodann aber die Entschlusskraft zu konsequenter Therapie – und die Tapferheit gegenüber tausend partiellen Interessen, tausend Vorurteilen und Widerständen. Denn Deutschland befindet sich wirtschaftlich in einer kritischen Lage.

Bisher waren allzu viele der politischen Führungspersonen aber bisher allzusehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, oder auf ihre persönliche Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen. Allzu viele Manager an der Spitze von Unternehmungen und Banken oder an der Spitze von beiden Tarifvertragsparteien ragen heraus durch ihre Machtgier, viel weiter als durch Leistung, ragen heraus durch ihre Raffgier, ihre spekulative Raffgier und nicht durch ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem öffentlichen Wohl. Oder anders, allzu viele der öffentlichen sichtbaren Akteure sind weit stärker am eigenen Vorteil als etwa an der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit interessiert.

Mich erinnert das an eine große Rede von Präsident Kennedy, heute vor vier Jahrzehnten, da klagt er, „...a tiny handful of executives whose pursuit of private power und profit exceeds their sense of public responsibility....“ Es war die Zeit, wo es diesen mitreissenden Appell Kennedys gab: Fragt nicht, was der Staat für Euch tun kann, sondern fragt, was Ihr für unser Land tun könnt. Ich übersetze das für uns Deutsche mal ganz frei: Wir dürfen nicht zulassen, dass Erhards und Schillers Konzept einer „sozialen Marktwirtschaft“ zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird.

Ich will die gestrige Regierungserklärung Gerhard Schröders nicht beurteilen, auch nicht Frau Merkels Rede beurteilen und die Opposition insgesamt. Nach meinem vorläufigen Eindruck wollen beide nicht weit genug gehen – beide wollen nicht weit genug gehen. Immerhin hat aber die Debatte einige der wichtigen Detail-Aufgaben benannt und einige der fälligen Lösungen aufgezeigt.

Und immerhin hat der Kanzler die Opposition zur Kooperation eingeladen und die Oppositionsführerin hat ihre Bereitschaft dazu und zur nationalen Anstrengung erklärt. Man muss als Bürger beide Seiten an diesen Worten festhalten, nationaler Anstrengung. Übrigens müssen beide Seiten ja eigentlich wissen, dass nicht allein die heutige Regierung und ihre Koalitionsparteien, und auch nicht die heutige Opposition und ihre Parteien die Verantwortung trägt, sondern die ganze politische Klasse trägt die Verantwortung für die ökonomische Lage, für die Fehler und Unterlassungen, die seit 1990 zu der heutigen Lage geführt haben. Die Politiker allesamt haben versäumt, dem Osten und das schließt Berlin ein, einen ganz allgemeinen Vorteil bei den bundesgesetzlichen ökonomischen Rahmenbedingungen zu verschaffen – wofür es nota bene immer noch nicht zu spät wäre – einen allgemeinen Vorteil bei den bundesgesetzlichen ökonomischen Rahmenbedingungen! Die östlichen Länder brauchen einen bundesgesetzlich ermöglichten, weitreichenden Deregulierungs-Spielraum und außerdem brauchen sie eine spürbare Mehrwertsteuer-Präferenz für ostdeutsche Wertschöpfung. Und nicht Einkommensteuererleichterung für Leute aus Westdeutschland, die einen Teil ihres Kapitals in Ostdeutschland ausgeben oder investieren.

Die politische Klasse – alle Parteien! – muss begreifen: Zwar haben wir es gegenwärtig auch mit einer konjunkturellen Rezession zu tun, aber die ist nur die Spitze des Eisbergs! Der Eisberg selbst besteht aus die Verkrampfung der Struktur, aus dem erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften. Ich meine wörtlich: tausend!.

Übrigens scheint mir nicht geboten, dass man für jede einzelne der fälligen neuen Regeln und für jede einzelne der fälligen

Deregulierungen nach Konsens zielen muss. Aber das Volk muss spüren können: Die Politiker kämpfen nicht noch einmal opportunistisch für ihren parteilichen Vorteil, sondern sie kämpfen für Arbeitsplätze und für das öffentliche, für das allgemeine Wohl. Das Volk muss dies ebenso spüren können bei den Managern, bei den Verbänden und Gewerkschaften Und sie muss es eigentlich, jetzt allerdings sind es wörtlich Hoffnungen und vielleicht sogar Wunschträume, sie müsste es auch spüren können bei den Medien, die sich zum Teil in den letzten Monaten gegenseitig in ihrer Schwarzmalerei überboten haben – bis hin zu der zynischen schwarz umrandeten Traueranzeige nebst Nachruf auf die Deutschen auf dem Titelblatt.

Alle müssen wissen, dass die weltpolitischen Entwicklungen der nächsten Wochen – Stichwort Irak-Krieg – weltwirtschaftliche Verwerfungen herbeiführen können, die unsere ökonomische Lage zusätzlich erschweren werden –zusätzlich.

Der allgemeine Lebensstandard der Deutschen ist heute höher als er jemals in der Geschichte war. Alle haben längst verstanden, dass ihr Lebensstandard einstweilen nicht weiter steigen kann, sondern dass vorerst Abstriche unausweichlich sind. Die Politiker fänden Mehrheiten im Volk, wenn sie dafür sorgten, dass die Abstriche einigermaßen gerecht verteilt würden. Wer dagegen heute zusätzliche Wohltaten für einzelne Gruppen verlangt oder gar verspricht, den soll der Teufel holen.

Nun zu meiner zweiten Bemerkung:

Ich denke, als vor einigen Jahren Roman Herzog verlangt hat, das ganze Land sollte sich einen Ruck geben, da hat er Recht gehabt. Er war als deutscher Bundespräsident bescheiden ge-

nug, seine Forderung nicht zugleich auf die ganze Europäische Union zu richten, obwohl das hätte gerechtfertigt werden können. Tatsächlich wäre solch ein Appell in viele europäische Richtungen zu wünschen. Nun ist zwar das öffentliche Wohl in erster Linie ganz gewiss eine Sache des jeweils eigenen Staates und seiner eigenen Bürger. Aber schon längst kann kein europäischer Staat für sich allein das öffentliche Wohl garantieren. Vielmehr ist unsere Selbstbehauptung gegenüber den Fährnissen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik in einem noch wachsenden Maße Sache der Europäischen Union geworden.

Für mich gilt seit Ende der vierziger Jahre – damals habe ich Jean Monnet das erste Mal gehört - für mich gilt die europäische Integration als eine Aufgabe, der ich den gleichen hohen Rang beimesse wie der Bewahrung der eigenen nationalen Identität.

Nun sind wir bis 1992, d.h. einschließlich der Maastrichter Regierungskonferenz und der Schaffung der gemeinsamen Euro-Währung, wir sind bis 1992 in der Integration erstaunlich weit gekommen, viel weiter, als jemand sich das vor einem halben Jahrhundert zu Zeiten des Marshall-Plans hätte vorstellen können. Aber in den letzten zehn Jahren haben die wichtigsten Regierungen Europas nichts Wesentliches mehr gemeinsam zustande gebracht. Oder, um die heutige Wahrheit deutlich auszusprechen: Der beabsichtigte Irak-Krieg und die sehr kontroversen Positionen in London, Rom und Madrid einerseits, oder andererseits in Paris und Berlin, die haben die letzten zehn Jahre des Redens über eine angebliche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik demaskiert als jahrelanges Geschwätz ohne realen Inhalt.

Schlimmer noch: Wenn sich die europäischen Regierungen nicht sehr bewußt mäßigen, dann könnten der amerikanische Machtanspruch und dann könnten sich die widersprechenden Parteinahmen der europäischen Regierungen und Medien ungewollt zur schwerwiegenden Unterbrechung, ja sogar zur Beendigung des europäischen Integrationsprozesses führen. Keine Regierung in Europa darf vor der Möglichkeit einer solchen Katastrophe ihre Augen verschließen. Es ist deshalb an der Zeit, dass wir Bürger in Europa, dass wir unsere Regierungen ermahnen, sich der Kardinaltugend der Mäßigung zu befleissigen, Kardinaltugend im Sinne von Thomas von Aquino und der demokratischen Tugend des Kompromisses sich zu befleissigen.

Diese in der Weltgeschichte einzigartige Union souveräner Nationalstaaten, die wir sind, die hat bereits zu Beginn der neunziger Jahre an unzureichenden Institutionen und Verfahren gelitten. Diese Institutionen hatten früher mal für 6 Staaten ausgereicht oder beinahe völlig ausgereicht, aber nun anfangs der 90ziger Jahre waren es bereits 15 Mitgliedsstaaten, demnächst sollen es sogar 25 werden. Aber es herrscht eine absolut verworrene Kompetenzlage in dieser Union, mit äußerst schwerfälligen Entscheidungsmodalitäten und mit faktischem Vetorecht jedes einzelnen Mitgliedsstaats bei jeder Entscheidung auf jeglichem Felde. Es ist seit Jahr und Tag deutlich, dass hier remedor geschaffen werden muss, zumal ein technokratischer Normenwust auf der Union lastet von über 20 000 Vorschriften, er nennt sich „acquis communitaire“, aber keiner in ganze Europa kann diesen acquis noch überschauen. Dazu kommt das hohe Übergewicht der Exekutive oder anders gesagt das demokratische Defizit der ganzen Veranstaltung.

Seit 1992, seit der Maastrichter Regierungskonferenz hat nationaler Eigensinn auf vielen Seiten die dringend notwendigen institutionellen Reformen verhindert. Dann gab es anschließend noch zwei große Regierungskonferenzen in Amsterdam und Nizza, die de facto ohne jedweden Fortschritt geblieben sind. Statt dessen ist man dann Ende 2001 auf den interessanten Ausweg verfallen, nicht die Regierungen, sondern ein ad hoc neu ins Leben gerufener Konvent unter Vorsitz meines Freundes Giscard d´Éstaing, der soll nun die institutionellen Reformen entwerfen. Nicht nur 15 sondern über 100 Leute, die sollen nun die Arbeit erledigen, die die 15 nicht zustande gebracht haben. Hoffentlich kommt der Entwurf des Konvents nicht zu spät – am Ende bedarf er doch noch der Ratifikation durch jeden einzelnen der Mitgliedsstaaten, in manchen Staaten schreibt die Verfassung Volksabstimmung vor. Und der Beitritt der Mitgliedsstaaten wird zum Teil wohl zeitlich lange vor Abschluss der Ratifikationsrunde erfolgen. Und inzwischen hat im Laufe des Jahres 2003 mit hoher Wahrscheinlichkeit der Irak-Konflikt und der Hegemonie-Anspruch der Vereinigte Staaten den außenpolitischen Zusammenhalt der Europäischen Union ernsthaft in Gefahr gebracht.

Wir wissen aus der Erfahrung des voraufgegangenen halben Jahrhunderts seit dem Schuman-Plan, seit 1950, dass die Schaffung einer Union der Nationalstaaten des ganzen alten Europa sehr hohe Hürden überwinden muss. Nationale Eigenarten, Vorurteile, Prestigebedürfnisse und Eifersüchte richten immer wieder neue Hindernisse auf. Und man braucht für diesen Prozess einen sehr langen Atem. Bisher haben wir 50 Jahre gebraucht. Ich würde es heute für eine durchaus realistische Erwartung halten, wenn wir bis zur Vollendung der Europäi-

schen Union noch ein weiteres halbes Jahrhundert brauchen würden.

Aber auf jeden Fall wird richtig bleiben, was wir seit Adenauer, seit Brandt, seit Schmidt, seit Kohl wissen, nämlich: Wir Deutschen sind unserer geopolitischen Zentrallage in der Mitte wegen und wegen unserer jüngeren Geschichte – wir Deutschen sind besonders gefährdet und wir Deutschen brauchen deshalb die Europäische Union noch notwendiger als die meisten unserer Nachbarn. Wir Deutschen bedürfen deshalb ganz besonders der Beharrlichkeit und des nicht ermüdenden Willens zu Kompromissen.

Dabei sollten lange schon alle gelernt haben, dass Zusammenarbeit und Einvernehmen mit Frankreich für uns schlechthin unverzichtbar sind. Es handelt sich hier um ein zentrales strategisches Prinzip für deutsche Politik. Ohne eine funktionstüchtige, d.h. ohne eine zuverlässige Entente mit Frankreich ist in Zukunft auf irgendeinem Felde der internationalen Politik oder auf irgendeinem Felde der Weltwirtschaft eine erfolgreiche Vertretung deutscher Interessen nicht möglich.

Nun zu meiner dritten Bemerkung:

Wir haben 1990, als die Chance, die beiden deutschen Nachkriegsstaaten zusammenzuführen, genutzt werden konnte, wir haben dabei ganz große Hilfe durch die Vereinigten Staaten von Amerika gehabt; und davor – nein, ich will noch einen Satz einfügen - dazu kam natürlich der Freiheitswille der Nationen im Osten Mitteleuropas und der Freiheitswille der Deutschen in der DDR. Den will ich nicht unterschlagen.

Davor hatten die Amerikaner und die Atlantische Allianz Berlin und Westdeutschland fast ein halbes Jahrhundert vor dem Schicksal gewalttätiger Sowjetisierung bewahrt. Vom Marshall-Plan bis zum Zwei-plus-vier-Vertrag haben wir den Amerikanern sehr vieles zu verdanken. Natürlich war die Außen- und die Bündnispolitik der USA von ihren eigenen Interessen bestimmt, jedoch sind die Wirkungen einem großen Teil der ganzen Welt zugute gekommen und so auch uns. Amerika hat vielfältig in Abstimmung mit anderen Staaten und im allgemeinen Interesse gehandelt, von der Gründung der United Nations vor einem halben Jahrhundert und der Weltbank bis hin zur vertraglichen atomaren Rüstungsbegrenzung.

Heute nun seit dem Jahr 2001 fühlt sich Amerika selbst angegriffen, fühlt sich selbst bedroht. Um den seelischen Zustand der amerikanischen Nation nach diesem Kolossalverbrechen am 11. September in New York und in Washington nachzuempfinden, um den seelischen Zustand nachempfinden zu können, sollten wir uns einmal hypothetisch vorstellen, es hätte sich nicht um vier amerikanische Passagierflugzeuge gehandelt, sondern es hätte sich gehandelt um vier vollbesetzte Passagierflugzeuge der Lufthansa. Und nicht New York wäre das Angriffsziel gewesen, sondern vielmehr dieses Gebäude hier und das Brandenburger Tor im Zentrum Berlins und die Banktürme in Frankfurt am Main – mit dreitausend Toten! In solchem Falle, wäre bei uns und in unserer öffentlichen Meinung eine Psychose ausgebrochen? Hätte in solchem Falle unsere politische Klasse kühl und vernünftig reagiert? Oder hätten in solchem Falle Teile unseres Volks von unserer Regierung verlangt, mit aller Macht zu handeln? Ich weiß es nicht, ich muss das offen lassen. Ich muss auch offen lassen, was hätte eine Bundesregierung in solcher Lage tun können?

Ich werfe diese hypothetische Frage auf, weil ich um Verständnis werben möchte für die Lage der amerikanischen Regierung – und weil ich werben möchte um Mäßigung in der Kritik ihr gegenüber. Die amerikanische Regierung verfügt über eine beinahe unermessliche militärische Macht. Aber diese Macht erweist sich im Kampf gegen den Terrorismus als ganz wenig nützlich. Also ist sie statt dessen auf den Kampf gegen die „axis of evil“ und gegen den Irak verfallen.

Allerdings, man muss als Mitglied der United Nations, oder als Bündnispartner der Amerikaner, man muss unseren amerikanischen Freunden vortragen, dass es uns nicht überzeugen kann, wenn z. B: Washington sich einerseits darum bemüht, im Sicherheitsrat der United Nations oder im Nato-Rat Unterstützung zu finden für ihre Kriegsabsicht zugleich aber andererseits zu verstehen gibt, dass man Saddam jedenfalls und auch ohne UN-Beschluss mit militärischer Gewalt angreifen und depossedieren wird. Beides zusammen geht nicht. Dass die Amerikaner sich oder die Administration sich den Vorwurf der Hegemonie gefallen lassen muss, das hat sich aus ihrem Verhalten in den letzten eineinhalb Jahren fast zwangsläufig – ich korrigiere mich - in den letzten zwei Jahren fast zwangsläufig ergeben.

Die amerikanischen Politiker müssen von uns Europäern hören, dass wir ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung der United Nations haben. Nun ist das Angriffsverbot der UN-Charta im Laufe der Jahre von manchen Staaten schon verletzt worden. Eine der letzten Verletzungen übrigens war der Krieg im Kosovo, an dem wir Deutschen beteiligt waren unter flagranter Verletzung des Zwei-plus-vier-Vertrages und der Charta beteiligt waren, einschließlich der Bombardierung von Belgrad.

Die Folgen des Kosovo Krieges sind keineswegs überwunden. Schauen Sie nach Belgrad heute vor drei Tagen. Die abermaligen Folgen einer abermaligen Verletzung der UN-Charta, zum Beispiel in Gestalt eines präventiven Krieges gegen den Irak, sind schwer vorhersehbar. Und die Kohärenz der UN und des Sicherheitsrates steht auf dem Spiel.

Außerdem können die Zahlen der toten Zivilisten und Soldaten sehr hoch werden. Anschließend ist eine Zunahme des vielfältigen islamistischen Extremismus und Terrorismus zu fürchten. Man kann sie jedenfalls, ohne deswegen Pessimist zu sein, ganz gewiss nicht ausschließen. Aber man muss ein extremer Optimist sein, um sich vorzustellen, dass in der Folge des Krieges eine dauerhafte Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern wahrscheinlich wird. Man kann eine allgemeine Konfrontation des Westens mit dem Islam nicht mehr ausschließen, da gibt es dann Schuldige auf vielen Seiten. Aber dem Islam gehören immerhin die Völker in sechzig Staaten der Welt an, ein Drittel aller Staaten.

So bringt also das 21. Jahrhundert vielerlei neuartige Gefahren mit sich. Die globale Bevölkerungsexplosion wird neuen illegalen Wanderungsdruck erzeugen, dazu kommen transnational Terrrorismus, Kriminalität, Drogenhandel, Seuchen, weitere Ausbreitung von Massenvernichtungswafffen und dazu kommt dann schließlich die Folgen der globalen Erwärmung. Gegen dergleichen Gefahren ist mit militärischer Potenz nicht viel auszurichten. Viel nötiger ist der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit und der multilateralen Verträge und Systeme, die das Völkerrecht ausmachen.

All dies darf, nein, muss man der amerikanischen Regierung und den Regierungen in London und Madrid vortragen. Man darf Amerika gleichzeitig um Verständnis dafür bitten, dass die heute in Deutschland lebenden Generationen nach dem Holocaust, nach Stalingrad und Dresden einen ausgeprägten Horror haben vor Krieg und Gewalt.

Aber bei alledem, was man anderen vorträgt, denke ich muss gelten die dringende Empfehlung zur verbalen Mäßigung und zum Verzicht auf Herabsetzung – und ebenso zum Verzicht auf Anbiederung! Jedenfalls wäre es ein schwerer Nachteil für alle, wenn Scharfmacher auf beiden Seiten eine dauerhafte Schädigung des Verhältnisses zwischen der amerikanischen Nation und einer Reihe europäischer Nationen zustande bringen sollten. Eine dauerhafte Schädigung oder gar eine Verkrüppelung des europäischen Integrationsprozesses wäre mindestens genauso schlimm. Ich denke, die Europäer müssen sich keineswegs zu Instrumenten amerikanischer Hegemonie machen lassen; sie sollten versuchen, im Sinne ihrer Sicht, im Sinne ihrer Interessen Einfluss zu nehmen. Soweit und solange aber die USA darauf beharren sollten, unilateral zu entscheiden, d. h. allein zu entscheiden, allein militärisch zu handeln, so lange müssen wir hier in Europa das in gelassener Würde ertragen. – in Gelassenheit und in Würde ertragen.

IV.

Am Schluss, meine Damen und Herren, bitte ich Sie um Entschuldigung dafür, dass ich diese „öffentliche Rede“ benutzt habe, meine Besorgnisse auszubreiten. Ich hoffe, Sie haben mich nicht missverstanden als einen, der aus seinem parteilichen Engagement spricht, sondern verstanden als einen Bür-

ger, den es drängt, um Sternberger nochmals zu zitieren, den es drängt „an den gemeinsamen Angelegenheiten mitzuwirken und unseren Staat so einzurichten, dass wir gerne miteinander darin leben.“ Ich verbeuge mich vor dieser weisen Maxime Sternbergers.

Bei Ihnen meine Damen und Herren bedanke ich mich, die Sie eigentlich mich nur ehren wollten – und die doch außerdem die liebenswerte Geduld aufgebracht haben, meine Sorgen, meine Wünsche und meine Hoffnungen anzuhören.

Herzlichen Dank.

Impressionen

Dr. Laurien und Dr. Vogel

Joachim Gauck Dr. Kaiser Dr. Vogel

Von links nach rechts:
BK a. D. – H. Schmidt, Dr. Vogel, Prof. Dr. Klaus Landfried, Dr. Jaeckel, Frolinde Balser

Prof. Szmula Prof. Nuscheler MP a. D. – Prof. Biedenkopf

Dr. Vogel Helmut Schmidt

Dr. Laurien Prof. Hans-Joachim Meyer Joachim Gauck

Professor Dr. Klaus Landfried
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und
Vorsitzender der Dolf Sternberger-Gesellschaft e.V.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Ministerpräsident a. D. des Freistaates Sachsen

Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident des Freistaates Thüringen und
Vorsitzender der Jury

Helmut Schmidt
Bundeskanzler a. D.

Bisher erschienen:

Dolf Sternberger-Preis 1992
Reden bei der Überreichung des Preises an Altbundeskanzler a. D. Willy Brandt

Dolf Sternberger-Preis 1994
Reden bei der Überreichung des Preises an Martin Walser

Dolf Sternberger-Preis 1996
Reden bei der Übergabe des Preises an Wolfgang Schäuble

Dolf Sternberger-Preis 1998
Reden bei der Übergabe des Preises an Manfred Rommel

Dolf Sternberger-Preis 2000
Reden bei der Übergabe des Preises an Joachim Gauck

Dolf Sternberger-Preis 2002

Presse-Echo

Dolf Sternberger-Gesellschaft e.V.
Albert-Ueberle-Straße 9
69120 Heidelberg

AUSZEICHNUNG

Helmut Schmidt für Reden geehrt

Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in seiner Laudatio.

FOTO: MARCO URBAN

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er. *dpa*

Personalien

Helmut Schmidt redet Klartext

Foto: ddp

Altkanzler **Helmut Schmidt** ist für klare Worte bekannt. In seiner Dankesrede nach der Verleihung des Dolf-Sternberger-Preises am Sonnabend sagte er in Berlin: „Allzu viele politische Führungspersonen der jüngeren Generation sind allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf Popularität beim Fernsehpublikum oder ihren Rang in albernen Meinungsumfragen." *Jän/dpa*

HELMUT SCHMIDT

Fürs Reden geehrt

Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) ist am Samstag in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Mut zur Wahrheit gezeigt, so Sachsens Exministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in seiner Laudatio. (dpa)

Samstag 15. März 2003, 16:43 Uhr

Helmut Schmidt mit Dolf Sternberger-Preis ausgezeichnet

Bild vergrößern

Berlin (dpa) - Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist am Samstag in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf (CDU), in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede. Der Alt-Kanzler forderte «Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partitiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen». Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei - vor allem im Osten - kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem «erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften».

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. «Allzu viele der politischen Führungspersonen waren allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen», sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. «Wir dürfen nicht zulassen, dass (Ludwig) Erhards und (Karl) Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird.»

Besorgt äußerte sich der Alt-Kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vorangebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als «Geschwätz ohne realen Inhalt» entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr. Die EU solle sich gegenüber der Supermacht USA geschlossen für eine Stärkung der Vereinten Nationen stark machen, appellierte Schmidt.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger Dolf-Sternberger- Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Auch der frühere SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, der Schriftsteller Martin Walser, der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der ehemalige Leiter der Gauck Behörde, Joachim Gauck, wurden schon geehrt.

Top Themen

Preise und Auszeichnungen

- Premiere bei Otto-Wahl: Busted gewannen zwei Bravo-Awards (InfoMusic)
- Hölderlin-Literaturpreis für Monika Maron (dpa)

Weitere Themen:

Der Irak-Konflikt - USA contra Saddam Husseins Regime

Nahost-Konflik - Spirale der Gewalt dreht sich weiter

Kampf gegen den Terror - Die Folgen des 11. September

Bundesregierung - Die Arbeit der rot-grünen Koalition

weitere Nachrichten in der Kategorie Politik

Top Themen-Übersicht

Suche

Übersicht
Politik
Irak-Krieg
Wirtschaft
Sport
Vermischtes
Kult & Kultur
Bücher
Wissen & Medizin
Computer
CeBIT SIEMENS
IT News
AutoMobil
Meinungen
Hintergründe
Wetter
n-tv Sendungen
n-tv mobil

Als Startseite!

Medien
Bildergalerien
Teletext
Videos
n-tv Live Stream
Bundestag-TV
Event-TV
n-tv WAP
Firmen-TV
Chat mitlesen

Impressum
Redaktion
Gesichter
Marketing /PR
Vermarktung
Sonderwerbung
Pressestelle
Jobs bei n-tv
Suche
Hilfe /Daten

cnn-websites

Samstag, 15. März 2003

Dolf-Sternberger-Preis

Helmut Schmidt auszeichnet

Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf (CDU), in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede.

Der Alt-Kanzler forderte "Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partitiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen". Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei - vor allem im Osten - kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem "erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften".

Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel (r.) übergab Altkanzler Helmut Schmidt die Auszeichnung.

Helmut Schmidt, von 1974 bis 1982 deutscher Bundeskanzler.

Selbst die Opposition erkannte seine Qualitäten als Redner an: Schmidt 1979.

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. "Allzu viele der politischen Führungspersonen waren allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen", sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass (Ludwig) Erhards und (Karl) Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird."

Besorgt äußerte sich der Alt-Kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vorangebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das

Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als "Geschwätz ohne realen Inhalt" entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr. Die EU solle sich gegenüber der Supermacht USA geschlossen für eine Stärkung der Vereinten Nationen stark machen, appellierte Schmidt.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger Dolf-Sternberger-Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Auch der frühere SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, der Schriftsteller Martin Walser, der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der ehemalige Leiter der Gauck Behörde, Joachim Gauck, wurden schon geehrt.

Druckversion Artikel versenden

© n-tv.de cnn.de 2003 Alle Rechte vorbehalten
Kursdaten: © Deutsche Börse AG

HAMBURGER MORGEN POST www.mopo.de

www.mopo.de - Artikel vom 15.03.2003

Gesellschaft

Helmut Schmidt mit Dolf Sternberger-Preis ausgezeichnet

Berlin (dpa) - Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist am Samstag in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden.

Berlin (dpa) - Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist am Samstag in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf (CDU), in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede. Der Alt-Kanzler forderte "Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partitiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen". Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei - vor allem im Osten - kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem "erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften".

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. "Allzu viele der politischen Führungspersonen waren allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen", sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass (Ludwig) Erhards und (Karl) Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird."

Besorgt äußerte sich der Alt-Kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vorangebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als "Geschwätz ohne realen Inhalt" entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr. Die EU solle sich gegenüber der Supermacht USA geschlossen für eine Stärkung der Vereinten Nationen stark machen, appellierte Schmidt.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger Dolf-Sternberger- Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Auch der frühere SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, der Schriftsteller Martin Walser, der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der ehemalige Leiter der Gauck Behörde, Joachim Gauck, wurden schon geehrt.

URL: http://archiv.mopo.de/archiv/2003/20030315/nachrichten/deutschland_welt/panorama/405911624.html

© 1996-2003 MOPO Online GmbH
Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Seite dient exklusiv Ihrer persönlichen Information. Weiterverbreitung oder Verwendung jeder Art sind ohne besondere Genehmigung der MOPO Online GmbH nicht zulässig. Insbesondere dürfen Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet und Vervielfältigung auf Datenträger wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der MOPO Online GmbH erfolgen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Schmidt übt Kritik an Politik-Geschwätz ohne Inhalt

Alt-Kanzler sieht bei Verleihung von Sternberger-Preis die europäische Integration in Gefahr

Berlin (dpa). Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß mit Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf (CDU), in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede. Der Alt-Kanzler forderte "Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen". Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei - vor allem im Osten - kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem "erstickenden Geflecht" von Vorschriften.

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. "Allzu viele der politischen Führungspersonen waren allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen", sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass Erhards und Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird."

Besorgt äußerte sich der Alt-Kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vorangebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als "Geschwätz ohne realen Inhalt" entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr. Die EU solle sich gegenüber der Supermacht USA geschlossen für eine Stärkung der Vereinten Nationen stark machen, appellierte Schmidt.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger Dolf-Sternberger-Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Auch der frühere SPD-Kanzler Willy Brandt sowie Martin Walser, Wolfgang Schäuble und Joachim Gauck wurden schon geehrt.

Archivsuche

go!

Suchen in:
Branchenbuch
Saar-Shopping

Suchen Sie einen Job?

Artikel ausdrucken

Artikel versenden

Hamburger Abendblatt

Hamburger Abendblatt

Hamburg

"Reden mit Leidenschaft"

Altbundeskanzler Helmut Schmidt ausgezeichnet

Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede. Der Altkanzler forderte "Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und Tapferkeit gegenüber tausend partiellen Interessen, tausend Vorurteilen und Widerständen". Wer zusätzliche Wohltaten für einzelne Gruppen verspreche, den solle "der Teufel holen", sagte der Altkanzler in seinem unverkennbaren Hamburger Dialekt.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei vor allem im Osten kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem "erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften".

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. Viele seien allzu sehr bedacht "auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen", sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass Ludwig Erhards und Karl Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird."

Besorgt äußerte sich der Alt-kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vor-angebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als "Geschwätz ohne realen Inhalt" entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger

Dolf- Sternberger-Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. *dpa*

erschienen am 17. Mär 2003 in Hamburg

Anzeige
SIEMENS S55 statt 111,- EUR* nur noch 49,- EUR*

Politik
17.03.2003

Gabriel: Die SPD muss ihre alte Mitte wiederfinden

Hannoveraner Fraktionschef fordert nach Kanzlerrede moderne Parteistruktur / Merz sieht kaum Einigungschancen mit Rot-Grün

Berlin. Die SPD muss ihr Programm und vor allem ihre Strukturen modernisieren. Das hat der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel gefordert. Mehr als bisher müsse sich die ganze Bandbreite der Gesellschaft und die Vielfalt der Meinungen gerade in den Gremien der Sozialdemokratie widerspiegeln. Nur so sei moderne Politik und eine inhaltliche Weiterentwicklung möglich. „Die SPD muss ihre alte Mitte wiederfinden. Das sind die jungen Menschen, die mobilen Berufstätigen, die Selbstständigen, die Familien, die Betriebsräte. All die haben uns nicht gewählt, weil sie sich von unserer Politik nicht mehr repräsentiert fühlen. Das muss sich ändern", sagte Gabriel am Sonntag im Gespräch mit dem Tagesspiegel.

Derzeit seien im Parteivorstand und in anderen Gremien vorwiegend diejenigen vertreten, die politisch das Pensionsalter erreicht hätten, Vertreter der 68er Generation und des öffentlichen Dienstes. Die hätten zwar alle ihre Verdienste, doch beurteilten sie eben vieles anders als etwa die Menschen zwischen Ende 20 und Ende 40. „Was wir nicht mehr brauchen, sind Debatten nach dem längst schon überkommenen Rechts-Links-Schema", warnte der 43-jährige SPD-Fraktionschef im niedersächsischen Landtag. Insofern habe er auch kein Verständnis für die Kritik der Parteilinken an Bundeskanzler Gerhard Schröder und seiner Reformrede am Freitag. „Unser Problem ist doch, dass die Menschen unsere Politik als in sich widersprüchlich empfinden. Die Kanzler-Rede hat nun die Arbeitsplattform für einen eigenen klaren Kurs geschaffen."

Diese Grundlage eröffne auch die Chance, die Opposition wieder stärker als bisher inhaltlich zu attackieren. Gabriel warf in diesem Zusammenhang der Union zum Beispiel vor, keine finanzierbaren Alternativen zu den Reformvorschlägen des Kanzlers zu haben. Auch nehme die Opposition bei ihrem Modell einer Gesundheitspolitik mit einer privaten Versicherung überhaupt keine Rücksicht darauf, „dass nicht alle in unserer Gesellschaft so viel verdienen wie etwa ein Bundestagsabgeordneter oder ein bayerischer Ministerpräsident".

Auch der Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil, Sprecher des Netzwerk Berlin, einer Gruppe junger SPD-Parlamentarier, nahm Schröders Pläne im Bereich Arbeitslosengeld und Gesundheitsreform gegen Kritik aus den eigenen Reihen in Schutz. Die soziale Symmetrie in der Kanzlerrede sei gewahrt, sagte Heil dieser Zeitung. „Niemand darf diese Pläne jetzt kaputttreden". Heil appellierte an die Regierung, die Reformen wie geplant bis zum Sommer umzusetzen. „Es ist notwendig, die Lohnnebenkosten bis 2006 unter 40 Prozent zu drücken." Linke Kritiker und vor allem die Gewerkschaften forderte Heil zur Zusammenarbeit auf. Zugleich wies er Forderungen der Gewerkschafter an die SPD-Fraktion, Schröders Reformpläne zu revidieren, zurück. „Abgeordnete der SPD dürfen nicht den Eindruck erwecken, sie seien der verlängerte Arm von Gewerkschaften."

CDU-Chefin Angela Merkel bekräftigte am Sonntag ihre Kritik an Schröder. Der Kanzler habe in seiner Rede keine klaren Ziele formuliert, sagte sie dem „Handelsblatt". „Rot-Grün muss jetzt in den nächsten Wochen die an den meisten Stellen allgemein gehaltenen Vorstellungen von Kanzler Schröder konkretisieren. Wenn die Gesetzentwürfe vorliegen, können wir uns eine Meinung bilden."

Der Fraktionsvize der CDU/CSU im Bundestag, Friedrich Merz, sieht allerdings nur geringe Chancen auf eine Einigung zwischen Union und Regierung. In ihrer derzeitigen Verfassung sei die SPD weder zu Reformen noch zu einem wirklichen Kurswechsel fähig, sagte der Christdemokrat im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Wenn er sich den Kernbestand der SPD-Politik ansehe, „gibt es nur wenig Übereinstimmung". Merz warf Schröder vor, dieser gehe mit Gleichgültigkeit über schwere strukturelle Probleme Deutschlands hinweg.

SPD-Altkanzler Helmut Schmidt mahnte bei der Verleihung des Dolf-Sternberger-Preises bei Regierung und Opposition gleichermaßen mutige Reformen an und forderte Entschlusskraft. Weder Schröder noch Merkel wollten weit genug gehen. *Christian Böhme/Antje Sirleschtov*

glaubeaktuell.net

PORTAL
Denkanstoß
Nachrichten
Journal
Nachgeschaut
Schaufenster

GEMEINDEN
Einstellungen
Index & Suche

IM GESPRÄCH
Startseite
Forum
Pinnwand
ECards

IHR WEG INS NETZ

SUCHE

Alle Inhalte

Los

Förderer

Politik

Aus aller Welt
Glaube,Liebe,Hoffnung
Politik
Wirtschaft
Sport
Kultur
Wetter

Weitere Artikel:

Neuer Beitragsschub droht - Schröder für Erhalt der Privatkassen

Struck bei ABC-Abwehrtruppe in Kuwait

Stolpe besichtigte Mautstelle

Gemeinsam Kabinettsitzung

Union dringt nach Karlsruher AWACS-Votum auf Entsendegesetz

Username:

Passwort:

Login

Neu anmelden
Passwort vergessen?

Nachrichten / Politik

Dolf-Sternberger-Preis für Helmut Schmidt

Helmut Schmidt mit Dolf Sternberger-Preis ausgezeichnet

(Berlin/dpa). 16.3.2003

Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel (r) überreichte Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt am Samstag in Berlin die Urkunde des Dolf-Sternberger-Preises für öffentliche Rede. Der Preis wird in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern.

(Berlin/dpa) - Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist am Samstag in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf (CDU), in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede. Der Alt-Kanzler forderte «Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen». Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei - vor allem im Osten - kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem «erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften».

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. «Allzu viele der politischen Führungspersonen waren allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen», sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. «Wir dürfen nicht zulassen, dass (Ludwig) Erhards und (Karl) Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird.»

GlaubeAktuell: Nachrichten - Politik

Besorgt äußerte sich der Alt-Kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vorangebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als «Geschwätz ohne realen Inhalt» entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr. Die EU solle sich gegenüber der Supermacht USA geschlossen für eine Stärkung der Vereinten Nationen stark machen, appellierte Schmidt.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger Dolf-Sternberger-Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Auch der frühere SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, der Schriftsteller Martin Walser, der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der ehemalige Leiter der Gauck Behörde, Joachim Gauck, wurden schon geehrt.

Mitglied werden bei Im Gespräch von GlaubeAktuell

Wenn Sie Ihre Meinung zu diesem Artikel schreiben möchten, müssen Sie sich anmelden. Falls Sie schon Mitglied sind, geben Sie Usernamen und Passwort ein. Oder melden Sie sich als Mitglied neu an. Wenn Sie mitreden möchten in der Community von GlaubeAktuell, dann melden Sie sich bitte mit einem eigenen Nutzerprofil kurz und unkompliziert an. Es sind damit keine weiteren Verpflichtungen verbunden.
Neu anmelden

Ihre Meinungen:

Bisher wurden keine Kommentare abgegeben.

Impressum | Rechtlicher Hinweis | Nutzungsbedingung | ©GlaubeAktuell 2002

Vorsicht, Kunst!

Er trägt die Kunst auf die Straße: Heute wird der Heidelberger Politgrafiker Klaus Staeck 65 Jahre alt

Von Heide Seele

Seine Postkarten nahm er immer wichtig. Sie waren ihm nie Nebenprodukt, sondern eher die Hauptsache. Auf Grund ihres kleinen Formats und des geringen Preises konnten sie ja auch leichter unters Volk gebracht werden als die größeren Plakate. „Vorsicht, Kunst!" gehörte zweifellos zu den populärsten Exemplaren. Klaus Staeck, der heute 65 Jahre alt wird, verband mit seinen Editionen stets einen missionarischen Auftrag. Er warb für mehr Demokratie und wollte die Menschen auf Messtände in ihrem Land aufmerksam machen. Das war in der Bundesrepublik natürlich ungleich einfacher zu bewerkstelligen als in der DDR, aus der der gebürtige Sachse 1956 in den Westen geflüchtet war.

Dennoch gab es mehr als 40 Prozesse gegen den aufmüpfigen Grafiker. Klaus Staeck, der versierte Rechtsanwalt, gewann sie alle. In Heidelberg hatte er zunächst bei dem inzwischen gestorbenen Bernhard Epple Zeichenunterricht genommen und parallel dazu Jura studiert. 1960 trat er in die SPD ein und blieb ihr bis zum heutigen Tage treu. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse schickte ihm denn auch ein Gratulationsschreiben: „Gerade unsere Partei ist darauf angewiesen, dass Du sie auch in Zukunft mit Deinem Heidelberger Einmannbetrieb ‚ohne Auftrag' kritisch-solidarisch begleitest, als Mahner, als Anreger, als jemand, der ein klares Bild von dem hat, was richtig und falsch ist", heißt es in Thierses Brief.

Zum Dürer-Jahr 1971 entwarf Staeck ein Plakat mit der Dürer-Mutter und der Inschrift „Würden Sie dieser Frau ein Zimmer vermieten?" Das erregte Aufsehen. Viel turbulenter aber fielen die Reaktionen auf die Plakate im Wahljahr 1972 aus. „Deutsche Arbeiter! Die SPD will Euch Eure Villen im Tessin wegnehmen", wurde da gewarnt oder scheinheilig empfohlen: „Die Reichen müssen noch reicher werden, wählt christdemokratisch".

Was die einen freute, missfiel den anderen. An Staeck schieden sich die Geister. Das blieb bis heute so. Staecks Rezept ist relativ einfach. Er greift auf Vertrautes zurück, das er dann verfremdend in einen neuen Kontext einbringt. Ironie, Satire, Parodie und Persiflage weiß er in seinen am Vorbild John Heartfield geschulten Fotomontagen und Collagen effektvoll einzusetzen. Er konfrontiert Werbesprüche mit der Wirklichkeit und kombiniert eingängige Slogans mit einem vertrauten Bild. Die sich daraus ergebenden oft schrillen Dissonanzen bewirken dann den Eklat.

Der so still und unauffällig in Heidelbergs Altstadt wohnende Politkünstler ist überdies, wie sich seinen öffentlichen Auftritten entnehmen lässt, ein gewiefter Rhetoriker, und seine Rechtsstreitigkeiten wurden stets medienwirksam aufbereitet. Die Proteste und Prozesse im Gefolge seiner Provokationen haben ihm im Grunde nur genützt. An Ehrungen und Auszeichnungen jedenfalls bestand kein Mangel. Die Mischung aus Kunst und Politik wurde zu seinem Markenzeichen.

Mit seinem neuen Plakat in der Heidelberger Ingrimstraße: Klaus Staeck zeigt den Entwurf „Visit America – Paradies der Klimakiller". Foto: dpa

Staecks Poster- und Postkarten-Editionen sind erfolgreich. Sie haben Millionenauflagen und tragen die Kunst auf die Straße. In etlichen Ausstellungen in seiner noch relativ neuen Galerie in der Krämergasse, die er zusätzlich zu den Räumen in der Ingrimstraße nutzt, hat der zweifellos wirkungsvollste deutsche Plakatkünstler Einblick in seine Grafikeditionen gegeben, unter anderem in die Bilder-und Gedankenwelt von Joseph Beuys, mit dem er befreundet war und den er auf seiner Amerika-Reise begleitete. Über dieses Ereignis erschien auch ein Buch im Göttinger Steidl Verlag, mit dem er eng zusammenarbeitet.

Streitbar ist Klaus Staeck immer noch. Da ändert auch sein 65. Geburtstag nichts, den er heute auf Grund der bedrohlichen weltpolitischen Lage aber nicht im großen Kreise feiert. Er will sich auch weiterhin einmischen. Das demonstriert sein Appell „Verhindern wir einen völkerrechtswidrigen Krieg", der durch die von ihm 1979 mitbegründete „Aktion für mehr Demokratie" verbreitet wurde (vgl. RNZ vom 22. 2.).

Plakate zu diesem Thema muss er sich gar nicht ausdenken. Er kann, vorausschauend, wie er nun mal ist, auf alte Arbeiten zurückgreifen. Das war schon 1984 so, als er im Gefolge des Tschernobyl-Unfalls sein wesentlich älteres, vor atomaren Gefahren warnendes Poster „Wenn abends die Heide glüht" in einer Heidelberger Galerie ausstellte. Wäre er nicht solidarisch mit seiner Partei, ließe sich auch ein anderes historisches Plakat aus aktuellem Anlass recyceln. Sein Text: „Hurrah! Die Steuern steigen. Danke, CDU!". Da müsste man nur die letzten drei Buchstaben ändern.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG
Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Montag, 17. März 2003

Die USA und der Horror vor Krieg und Gewalt

Altkanzler Helmut Schmidt erhielt den Heidelberger Dolf-Sternberger-Preis

Von Dieter W. Rockenmaier

Die Heidelberger Dolf-Sternberger-Gesellschaft hat am Wochenende im Berliner Reichstag den renommierten „Dolf-Sternberger-Preis für Öffentliche Rede" an den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt vergeben. Mit dem Preis, der an den großen Gelehrten erinnert, will die Gesellschaft auf den engen Zusammenhang von Politik und Sprache hinweisen. Deshalb hat die Tatsache überhaupt nichts Sensationelles, dass der SPD-Politiker von zwei prominenten CDU-Politikern gewürdigt wurde.

Nach der Begrüßung durch Prof. Klaus Landfried, den Vorsitzenden der Gesellschaft, hielt der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf eine sehr persönliche und mit viel Beifall bedachte Laudatio, die der Preisträger „geschmeichelt" nannte, als „allzu menschlicher Mensch" aber dennoch gern gehört habe. Als Vorsitzender der Jury überreichte dann der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel den zum sechsten Mal verliehenen Preis, den zuvor u. a. schon der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und der ehemalige Beauftragte für die Stasi-Akten, Joachim Gauck, für ihre Fähigkeit erhalten hatten, mit eindringlichen Worten auf die Öffentlichkeit einzuwirken.

Dass Helmut Schmidt trotz seiner 84 Jahre von dieser Fähigkeit und seiner im Bundestag oft bewunderten Redekunst bis heute nichts eingebüßt hat, bewies der Alt-Bundeskanzler mit einer klug formulierten und sehr nachdenklichen Ansprache. So bedauerte er, dass es in der heutigen „Fragwürdigkeit der Fernseh-Massendemokratie" kaum noch auf die Kraft der Sprache eines Politikers ankomme, sondern auf seine Wirkung im Fernsehen. „Das Fernsehen erzieht das Publikum zur Oberflächlichkeit und ebenso den Politiker", meinte der Herausgeber der „Zeit".

Schmidt nahm seine Ansprache auch zum Anlass, auf drei politische Felder einzugehen, die ihn zurzeit vor allen anderen beschäftigen: die ökonomische Situation der Bundesrepublik, die Erweiterung der Europäischen Union sowie das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und den USA. Die kritische wirtschaftliche Lage Deutschlands verlange eine ehrliche Diagnose, Entschlusskraft zu konsequenter Therapie sowie „Tapferkeit gegenüber tausend partiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen". Allzu viele öffentliche Akteure seien weit stärker am eigenen Vorteil als an der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit interessiert. Die Hauptursache für die konjunkturelle Rezession sieht Schmidt im erstickenden Geflecht von zu vielen gesetzlichen Vorschriften.

Unzufrieden zeigte sich der ehemalige Bundeskanzler mit der Entwicklung in Europa. In den letzten zehn Jahren hätten die wichtigsten Regierungen nichts Wesentliches mehr gemeinsam zustande gebracht. Angesichts der unterschiedlichen Positionen in der Irak-Krise mahnte Schmidt eindringlich zur Mäßigung. Ohne Kompromissbereitschaft könnten der amerikanische Machtanspruch und die sich widersprechenden Parteinahmen der europäischen Regierungen sogar zur Beendigung des Integrationsprozesses in Europa führen. Die USA müsse man zudem um Verständnis bitten, dass die Deutschen „nach Holocaust, Stalingrad und Dresden" einen ausgeprägten Horror vor Krieg und Gewalt hätten.

Wiesbadener Kurier
Dienstag, 18. März 2003

Sternberger-Preis für Helmut Schmidt

Beitrag zur politischen Kultur gewürdigt

Altbundeskanzler Helmut Schmidt (84) hat im Vorstandssaal der SPD-Fraktion im Berliner Reichstag den Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede in Empfang genommen. Der nach dem in Wiesbaden geborenen Publizisten und Politologen (1907 - 1989) benannte Preis ist mit 10 000 Euro dotiert und wird von der Dolf-Sternberger-Gesellschaft mit Sitz in Heidelberg alle zwei Jahre vergeben. Frühere Preisträger waren unter anderen Willy Brandt, Manfred Rommel und Martin Walser.

Die Laudatoren Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel würdigten in launigen Reden die rhetorischen Fähigkeiten Schmidts, mit denen sich dieser weltweiten Respekt eingehandelt habe. Vom metallischschneidenden bis zum verbindlichen Kammerton habe der Redner Schmidt eine breite Klaviatur an sprachlichen, auch stimmlichen Möglichkeiten eingesetzt. Er habe so einen Beitrag zur politischen Kultur des Landes geleistet. Und wehe, so Vogel, einer bekam die Missachtung des gefürchteten Debattenredners („Schmidt-Schnauze") zu spüren.

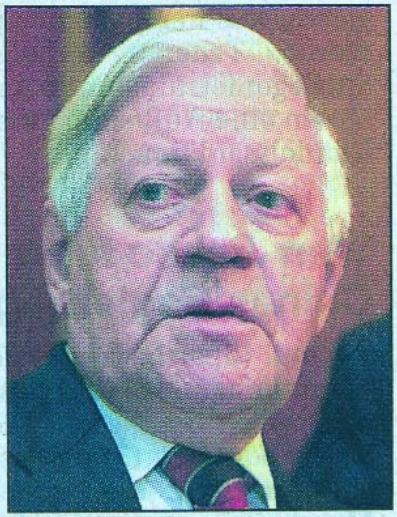
Helmut Schmidt, sagte Kurt Biedenkopf, war als Politiker nur vordergründig ein reiner Pragmatiker, sondern wurzelt zutiefst auf den Grundwerten der demokratischen Gesellschaft, wisse sich der Freiheit und des Schutzes der Menschenwürde verpflichtet. Biedenkopf erinnerte an drei Reden Schmidts, zu den Ostverträgen (1972, als Verteidigungsminister), nach der Schleyer-Entführung (1977) und zum Nato-Doppelbeschluss (1982). Schmidts Beiträge mit ihrem Anspruch an Klarheit und Differenziertheit seien „ein Vermächtnis für nachfolgende Kanzler". „Die Kraft der Rede", so Biedenkopf, „wächst aus der Überzeugung des Redners". Die müsse sich auf das Wohl des Ganzen beziehen, nicht auf das Wohl des Redners. „Die Menschen merken das".

In seiner Dankesrede warnte Schmidt vor den Gefahren eines Irak-Krieges, unter anderem vor einer „Verkrüppelung" des europäischen Integrationsprozesses. Die Europäer dürften sich nicht zu Instrumenten amerikanischer Hegemonie machen lassen. Aber wenn die USA auf einem unilateral entschiedenen Krieg gegen den Irak beharrten, „so müssen wir das in gelassener Würde ertragen." (mag)

Thüringische Landeszeitung
Montag, 17. März 2003

GESICHT DES TAGES

Alt-Kanzler Schmidt mahnt Regierung und auch Opposition



Berlin. (dpa/tlz) Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, so Sachsens Ex-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in seiner Laudatio. Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition Reformen an.

POLITIK KOMPAKT

AUSZEICHNUNG

Helmut Schmidt für Reden geehrt

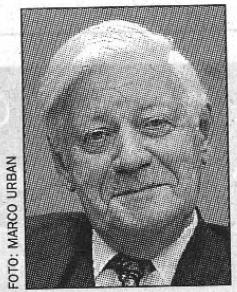


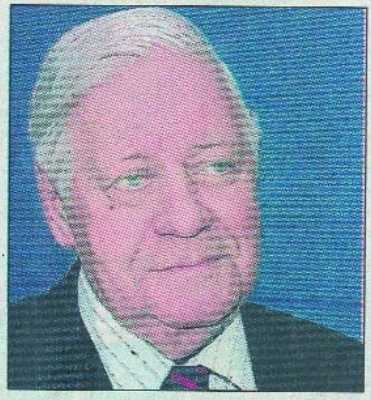
FOTO: MARCO URBAN

Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in seiner Laudatio. Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede. Der Alt-Kanzler forderte „Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partitiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen". *dpa*

DIE WELT 17.03.03

Mainzer Allgemeine Ztg. 17.05.03

Zur Person



Helmut Schmidt

Helmut Schmidt, Alt-Kanzler, ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Dabei mahnte er bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Wer zusätzliche Wohltaten für einzelne Gruppen verspreche, den solle „der Teufel holen", sagte der Alt-Kanzler in Hamburger Dialekt. Viele Politker seien allzu sehr „auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen" bedacht.

YAHOO! DEUTSCHLAND Nachrichten

Nachrichten - Yahoo! - Hilfe - Personalisieren

Computer
- PC-Systeme
- Notebooks
- Apple

Computerzubehör
- Drucker
- Speicher
- Modem

Software
- Microsoft Office
- Musiksoftware
- Multimedia

Weitere Angebote finden
Startpreise ab € 1,-

Los!

Deutschland Schweiz Weltweit Top Themen

Yahoo! Nachrichten zurück zu Fotos: Politik **Artikel** **Fotos** **Web-Sites**

Titel Kurzberichte Wirtschaft Politik High-Tech Wissenschaft Unterhaltung Lifestyle Vermischte

Samstag 15. März 2003, 16:42 Uhr

Helmut Schmidt mit Dolf Sternberger-Preis ausgezeichnet

Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel (r) überreicht Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt in Berlin die Urkunde des Dolf-Sternberger-Preises für öffentliche Rede.

Zurück zum Artikel | weitere Fotos

Top Fotos

Preise und Auszeichnungen
- Oscar-Gewinnerin Link sah die Preisverleihung im Schlafanzug (Reuters)
- DEU EU AUSZEICHNUNG (AP)

Weitere Themen:

Der Irak-Konflikt - USA contra Saddam Husseins Regime

Nahost-Konflik - Spirale der Gewalt dreht sich weiter

Kampf gegen den Terror - Die Folgen des 11. September

Bundesregierung - Die Arbeit der rot-grünen Koalition

weitere Nachrichten in der Kategorie Fotos: Politik

Top Fotos-Übersicht

Über dieses Thema diskutieren
Druckansicht
Diese Seite per E-Mail versenden (Top 10)

DRUCKEN

n-tv.de CNN.de

Samstag, 15. März 2003
Dolf-Sternberger-Preis

Helmut Schmidt auszeichnet

Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) ist in Berlin mit dem Dolf-Sternberger-Preis für öffentliche Rede ausgezeichnet worden. Schmidt habe in seinen Reden Augenmaß und Leidenschaft verbunden und Mut zur Wahrheit gezeigt, sagte der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf (CDU), in seiner Laudatio.

Schmidt mahnte bei Regierung und Opposition mutige Reformen an. Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch CDU-Chefin Angela Merkel wollten weit genug gehen, sagte er in seiner Dankesrede.

Der Alt-Kanzler forderte "Entschlusskraft zu konsequenter Therapie und die Tapferkeit gegenüber tausend partitiellen Interessen, Vorurteilen und Widerständen". Die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei - vor allem im Osten - kritisch. Dies liege nicht nur an der Wirtschaftsflaute, sondern auch an einem "erstickenden Geflecht von tausend gesetzlichen Vorschriften".

Mit der neuen Generation von Politikern ging Schmidt hart ins Gericht. "Allzu viele der politischen Führungspersonen waren allzu sehr auf kleine taktische Vorteile bedacht, auf ihre Popularität beim Fernsehpublikum oder auf ihren Rang in albernen Meinungsumfragen", sagte er. Politiker müssten Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und die Lasten von Sozialreformen gerecht verteilen. "Wir dürfen nicht zulassen, dass (Ludwig) Erhards und (Karl) Schillers Konzept einer sozialen Marktwirtschaft zu raubtierkapitalistischem Spekulationismus missbraucht wird."

Besorgt äußerte sich der Alt-Kanzler über die europäische Integration, die er in seiner Amtszeit (1974-1982) wesentlich vorangebracht hatte. Die Differenzen in der Irak-Frage hätten das Reden über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als "Geschwätz ohne realen Inhalt" entlarvt. Ohne Kompromisse gerate der europäische Integrationsprozess in Gefahr. Die EU solle sich gegenüber der Supermacht USA geschlossen für eine Stärkung der Vereinten Nationen stark machen, appellierte Schmidt.

Der Dolf-Sternberger-Preis wird von der Heidelberger Dolf-Sternberger-Gesellschaft in Erinnerung an den 1989 gestorbenen Politologen und Publizisten alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung soll an den Zusammenhang von Politik und Sprache erinnern. Auch der frühere SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, der Schriftsteller Martin Walser, der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der ehemalige Leiter der Gauck Behörde, Joachim Gauck, wurden schon geehrt.

Adresse:
http://www.n-tv.de/3146464.html